

# Volksrecht

für Schlessen · Organ für die werktätigen Arbeiter

**ZEUGENVERNEHMUNG  
IM BANKAU-PROZESS**  
(Näheres im Schlessischen Teil)

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn = 0,43 Rml., monatlich 1,55 Rml. + 24 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rml. Durch die Post einschließl. Zustellungsgebühren 2,26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Kleinere Anzeigen müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 5852.

auswärts 12 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer der Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen Flurstraße Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38, untere Graupenstraße, Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau, Rindlerstraße 12.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt

an Rückporto beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 4. Mai 1932

Nr. 104

## Brüning und Hindenburg einig

**Alle Intrigen gescheitert — Auch Groeners Stellung fest  
Rücktritt des Reichswirtschaftsministers steht bevor  
Sonst bleibt die Reichsregierung — Kein Reichsbannerverbot**

Berlin, 3. Mai. (Eig. Bericht.)

Am Dienstagmittag hat eine Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstanzler stattgefunden. Es ist darüber ein offizieller Bericht ausgegeben worden, der die völlige Übereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichstanzler feststellt und alle Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen beiden als in jeder Hinsicht unrichtig bezeichnet. Eine Hilfe in der Arbeit unverantwortlicher Personen, die genau in dem Augenblick eingesetzt hat, als der Reichstanzler nach Genf abgereist war, hat ihr Ende gefunden, ohne daß sie Erfolg gehabt hätte.

Eine Affäre, die um so größere Projekte macht, um so geringeren Rückhalt sie im Volke oder in den politischen Parteien hat, hat den Versuch unternommen, Groener beim Reichspräsidenten mazzusehen oder doch solche Vermittlung zu schaffen, daß eine Krise unausweichlich würde, in der mit Groener und Brüning die bisherige Regierungs-Konstellation im Reich untergehen müßte. Ueber diese Treibereien hat noch kurz vor Torschluß der Nazischuß aus Bayern unterrichtet. Es ist aber heute alles ganz anders, als sich die Treiber vorgestellt hatten.

Es wird allerdings eine Veränderung im Reichskabinett eintreten. Der Reichswirtschaftsminister Warmbold scheidet aus! Er hat seit seinem Amtsantritt den Standpunkt vertreten, daß die beste Wirtschaftspolitik in der Enthaltung von jeder Wirtschaftspolitik bestehe. Es hat sich daraus ergeben, daß der Reichswirtschaftsminister Warmbold, dessen Namen dem weiteren Publikum kaum bekannt geworden ist, samt seinem Ressort im wesentlichen bei der politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der letzten Zeit nur eine dekorative Rolle gespielt hat. Herr Warmbold, dessen Ansichten gerade in den, sein Ressort berührenden Fragen im Kabinett fast durcheinander in der Minderheit geblieben sind, hat sich deswegen schon seit einiger Zeit mit Rücktrittsabsichten getragen. Da das Kabinett auf Entscheidungen zukünftig, die im gegebenen Gegenstand zu Warmbolds wirtschaftspolitischen Aufstellungen stehen — 40-Stunden-Woche und Prämien-Anleihe — blieb ihr jetzt kein anderer Weg als die Konsequenzen ziehen.

Ob die unverantwortlichen Intriganten gegen das Reichskabinett mit diesem latenten Gegenstand des Reichswirtschaftsministeriums zum Kabinett gerechnet haben, steht dahin. Sollten sie es getan haben, so scheinen sie sich verrechnet zu haben. Aus

dieser Demission wird nicht, wie einige aufgeregte Zeitungen meinen, eine Kabinettskrise herauswachsen, vielmehr soll innerhalb 24 Stunden sein Nachfolger ernannt werden. Entweder ist es der Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler, der am Mittwoch in Berlin eintrifft, oder der gegenwärtige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Trendelenburg.

Uebrigens ist es interessant zu beobachten, daß ein Teil der Presse jetzt von der Möglichkeit krisenhafter Entwicklung spricht und kommende hochpolitische Entscheidungen um den Bestand des Reichskabinetts andeutet, wo die eigentliche Entscheidung gegen eine krisenhafte Entwicklung bereits gefallen zu sein scheint. Die Übereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstanzler soll so stark sein, wie nie zuvor. Ebenso soll völlige Übereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Minister Groener bestehen. Gerüchten, die von ernsthaften Differenzen wegen des SA-Verbotes und wegen der Behandlung des Reichsbanners wissen wollen, steht die Tatsache gegenüber, daß am Mittwoch zwei Verordnungen erlassen werden, die unter der Federführung Groeners entstanden sind und über die Einigkeit zwischen Groener und Hindenburg besteht. Die eine sieht ein gewisses Aufklärungsrecht der Reichsregierung über militärische Organisation vor, das sich auf deren Satzungen bezieht; die andere betrifft die Gattoljubewegung. Von einem Verbot des Reichsbanners, das den Kriechtieren als Sprengpulver willkommen gewesen wäre, ist keine Rede.

Das geschäftige Treiben der Krisenmacher in verantwortlicher und unverantwortlicher Position hinter den Kulissen und in der Presse hat also nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Bleibt die Möglichkeit eines Angriffs auf den Bestand des Kabinetts Brüning in der Reichstagsagung. Wie sich die bei den Preußenwahlen völlig aufgeregten bürgerlichen Gruppen bei einem solchen Angriff erhalten werden, steht dahin. Wie aber nach einem eventuellen Sturz der Regierung Brüning im Reichstag eine neue Regierung zustande kommen soll, das wissen die geschäftigsten Krisenmacher selber nicht.

Die Sozialdemokratische Partei sieht den Dingen in voller Ruhe entgegen. Sie ist auf der Hut. Ihr Hauptaugenmerk gilt vor allem den ersten außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen, die jetzt akut sind und die kein noch so geschäftiges Kriechtreiben verdunkeln kann!

## Nationalsozialist erschießt Sozialdemokraten

**Wieder eine gemeine Mordtat eines Naziführers  
Nette Zustände im Freistaat Danzig — Nazis schlagen eine Frau**

Danzig, 4. Mai. (Eig. Fundbericht.)

Der nationalsozialistische Bauunternehmer Rudzinski und Führer der SS in Neuteich (Freistaat Danzig) gab am Dienstagmorgen auf den sozialdemokratischen Stadtverordneten Grubn vier Schüsse ab. Grubn, der sich in Begleitung seiner Frau befand, wurde durch einen Herzschuß auf der Stelle getötet. Seine Frau blieb unverletzt.

Rudzinski traf im Laufe des Tages die Frau des sozialdemokratischen Stadtverordneten Grubn auf der Straße und schlug sie ohne Veranlassung mit einem Regenschirm ins Gesicht. Rudzinski hatte allem Anschein nach anlässlich einer Bullenschau, die zahlreiche Großbauern aus der Umgebung von Neuteich geführt hatte, das Bedürfnis, sich wichtig zu tun und seine Brutalität unter Beweis zu stellen. Etwa eine Stunde später traf Grubn in Begleitung seiner Frau den Rüssel Rudzinski wieder. Die Nationalsozialisten, die sich in seiner Begleitung befanden, erßen den friedlich seines Weges gehenden Grubn ohne die geringste Veranlassung zu Boden. In diesem Augenblick zog Rudzinski einen Revolver aus der Tasche und schoss auf den am Boden liegenden Sozialdemokraten. Ein Schuß ins Herz führte binnen sofortigen Todes herbei.

Die Szene spielte sich unmittelbar vor dem als Nazibühne bekannten, durch eine Patentkrasse auch äußerlich geltendgemachten „Hotel zum deutschen Hause“ ab, auf dessen Veranda die Bauern der Affäre schmunzelnd zusahen. Auch der Naziführer Hindemeyer aus Danzig und der Nazireichstagsabgeordnete Jorker waren anwesend. Als die Mordtat vollbracht war, flüchtete der feige Mörder gefolgt von den „Deutsche Haus“, wo er von dem dort verhaftet gehalten wurde. Erst um 8 Uhr abends

konnte er ermittelt und in Haft genommen werden, während sich die Tat bereits um 4,20 Uhr nachmittags ereignet hatte. Außer Rudzinski wurden noch drei ebenfalls an dem Ueberraschungsbeteiligte uniformierte Nazis in Haft genommen.

## Raggas verbietet alle Welt!

Rudersfahrten sind verbotene Versammlungen

Braunschweig, 3. Mai. (Eigener Fundbericht.)

Die Verbotspraxis des Nazi-Ministers Raggas nimmt neuerdings geradezu groteske Formen an. Am Dienstag erhielten die republikanischen Wasserportvereine der Stadt Braunschweig, der Kanuverein „Delphin“, die Wasserportabteilung des Reichsbanners und der Verein „Freier Wassersport“, die Nachricht, daß ihr Rudern auf der Oster für die Zukunft verboten sei, weil öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel in Braunschweig nicht mehr gestattet seien. Wenn das so weiter geht, werden bald auch die Fußballwettkämpfe als Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

## Macdonald erneut operiert

London, 4. Mai. (Eigener Fundbericht.)

Der englische Ministerpräsident Macdonald muß sich heute einer zweiten Augen-Operation unterziehen. Diesmal handelt es sich um das rechte Auge, während Macdonald zum erstenmal am linken Auge operiert wurde. Bis zur Operation konferenzierte er mit dem englischen Premierminister völlig wiederhergestellt zu sein.

## Der Staat als Retter der Wirtschaft

Von Prof. C. Leberer

Der Schutz, mit dem Joar Kreuger seinem Leben ein Ende setzte, schien zuerst die Tat eines nervös überreizten, eines verfeinerten, kultivierten Ehrenmannes, dessen Empfindlichkeit soweit ging, daß er nicht einmal einen Ueberbrückungskredit für einige Wochen in Anspruch nehmen wollte. Und heute wissen wir, daß Kreuger nicht nur ein waghalsiger Unternehmer, ein Spekulant und leichtfertiger Bankrotteur, sondern auch ein Fälscher (zwar zeitweise erfolgreicher Fälscher) größter Stills war, der nicht davor zurückschreckte, in seinem Geheimkabinett die Unterschriften der Bankiers nachzuzeichnen, mit denen er — was Fälscher selten zu tun Gelegenheiten hatten — vielleicht kurz vorher intim soupierte.

Ein Führer der kapitalistischen Welt vergreift sich also am Privateigentum, und negiert derart die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — ein „Treuhänder der gesellschaftlichen Ersparnisse“, ein Abgott des Reinen Mannes, der gläubig die Aktien seiner Gesellschaft gekauft hatte, wird zum verschlagenen Betrüger, um sich noch eine Wette über Wasser zu halten. In diesen Wochen mag mit so manchem Vermögen auch so mancher Glaube an die Weisheit und die Zuverlässigkeit der Konzernkönige zusammengebrochen sein. — Ob nun auch der kapitalistische Kleinbürger erkennt, daß seine Interessen in einer wirtschaftlichen Demokratie besser aufgehoben wären?

Aber einen anderen wichtigen Aufschauungsunterricht erteilen die Erfahrungen des letzten Krisenjahres; die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe haben sich bisher erstaunlich gut gehalten. Das gilt von den öffentlichen Kredit-Institutionen sowohl wie von den Betrieben des Reichs und der Länder. Noch vor wenigen Jahren gehörte es beinahe zum guten Ton, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Betriebes zu bezweifeln. Man sagte, er ist bürokratisch, er erstickt in Verwaltungskosten, er entbehrt der Initiative, er ist nicht wendig genug, um sich den wechselnden Marktlagen anzupassen. Man behauptete, der öffentliche Betrieb könne überhaupt nicht geführt werden, wenn er nicht eine Monopollage inne habe, wenn er nicht all die Privilegien genieße, die sich aus der Hoheitsstellung des Staates ergeben. Und was zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre? Gerade die Privatbetriebe, die sich stärkster Monopolstellungen erfreuen, die von den Subventionen der Allgemeinheit (in Form von Zöllen oder direkten Zuwendungen) leben, geraten in die größten Schwierigkeiten. Würde die kapitalistische Gerechtigkeit geübt werden, würde der arme, der verachtete, der von den Interessenten immer wieder herabgesetzte Staat nicht sein letztes einlegen, um einige der bedrohten Positionen zu retten, so würden heute die größten Industriezweige, die Träger des gesellschaftlichen Reichtums, die Banken, mit geringen Ausnahmen zusammenbrechen. Hätten wir heute eine wirklich freie Konkurrenz, so würden in einem Kampf aller gegen alle die Werte noch tiefer sinken, die Kreditgrundlagen ganz dahinschwinden, und der kapitalistische Automatismus würde die Später ebenso rasch und sicher enteignen, wie eine bolschewistische Revolution, und würde überdies durch Vernichtung zahlreicher noch vorhandener Arbeitsmöglichkeiten das Massenelend unendlich steigern.

Heute ist es der vielgelästerte Staat, der mit seinem Kredit und seiner von ihm bereitgestellten Kaufkraft den stark eingeschränkten privaten Wirtschaftsprozess noch in Gang erhält. Wie sähe es heute in Deutschland aus, wenn das nicht möglich wäre, wenn der Staat keine Organe für diese Hilfsstellungen entwickeln könnte?

Wie erfolgreich und richtig gerade Preußen in den letzten zwölf Jahren seine Wirtschaftskräfte entfaltet hat, zeigt erst jetzt wieder die ausgezeichnete Darstellung dieser Entwicklung in dem Buche „Der Staat als Unternehmer“ von Staatssekretär Dr. Staubinger (Preussisches Handelsministerium). Daraus geht hervor, daß die preussische Verwaltung nach dem Kriege sich neuartigen und schwierigen Aufgaben — ähnlich wie das Reich — gegenüber sah. Hatte doch der Krieg auch die staatlichen Betriebe desorganisiert und verarmt, waren doch die Eisenbahnen aus dem System der staatlichen Betriebe herausgehoben worden — bis dahin ein richtiges Reklamé, durch das der Staat mit der ganzen Wirtschaft aufs engste verflochten war. Nach dem Kriege wurde in der Elektrizitätswirtschaft eine ähnliche Organisation, wenigstens ohne jedes Monopol, aufgebaut. Da glücklicherweise die Privatisierung der Eisenbahnen, nach den Plänen von Stinnes, nicht erfolgt war, (wenngleich die Reichsbahn heute noch in ihrer Geschäftsführung zu gewissem Teil den Einfluß der großen Bieder-Industrie zeigt, deren Vertreter ihre Verwaltung entziehend bestimmen), so ist der staatswirtschaftliche Rahmen breit und hart genug, um das Gefüge der Wirtschaft noch zu erhalten.

Das Kräfteln über die staatlichen Betriebe, wie es von get...

Höchsten Biologen geprägt und verbreitet worden war, ist jedenfalls für die preußischen Betriebe der Nachkriegszeit falsch gewesen. Der Staat war aber auch nicht eine Organisation von bloßen Bürokraten, sondern er vermochte — zum Teil mit frischen, jungen Kräften — auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu führen. Er wurde wieder — was er im 18. Jahrhundert schon gewesen war — Unternehmer. Aber Unternehmer sein heißt nicht bagardieren, mit den Erparnissen des Meines Mannes spielen, tollkühne Pläne entwerfen, ohne sich darum zu kümmern, was andere tun und wie sich der Markt entwickelt. Unternehmer sein soll heißen, nach einem durchgedachten und realistischen Pläne, in Erwägung der wirklichen Möglichkeiten, und ohne Wunderglauben, mit richtiger Einschätzung seiner eigenen Kraft, und mit einer gewissen Vorlicht zugleich aufbauen. Jetzt sehen wohl viele ein, daß die Scheu vor zu großen Verantwortungen auch ihr Gutes haben kann, daß die Initiative auch die Verlustgefahren in sich schließt, und die Stimmen aus kapitalistischen Kreisen mehren sich, die auch für die kapitalistisch private Wirtschaft vorlässigste Führung, insbesondere in der Kreditgewährung fordern. Die

Blutratifizierung der Bankpraxis, die heute so populär ist, wäre vor einigen Jahren noch verachtet worden — der Wandel der öffentlichen Meinung zeigt eben deutlich, daß man die Gefährlichkeit zu erkennen beginnt, die darin liegen, daß private Unternehmer im Konzentrationsstreben von Macht und Reichtum die Grenzen ihrer Ausdehnungsfähigkeit nicht mehr kennen. Wie ein Blitzlicht muß die gegenwärtige Lage durch die Tatsache erschellen werden, daß der größte Zusammenbruch unserer Tage, der Zusammenbruch Kleingewerbes erfolgte, trotzdem er seinen Konzentration auf den besonders krisenfesten Industrien aufbaute: auf der Holzindustrie, dem Telefonwesen ufm. Das sind gerade Wirtschaftszweige, in denen, wie man sagte, „nicht einmal dem Staat etwas passieren“ könne. Folgt daraus nicht zwingend, daß Schluß gemacht werden muß mit der verantwortungslosen, unkontrollierbaren Wirtschaft der „Wirtschaftsführer“, und daß die Allgemeinheit mit fester Hand die Kontrolle ergreifen muß in einer wahrhaften Wirtschaftsdemokratie?

lesen. Etwas anderes sei es, wenn der Reichspräsident einen Rechtsprechungsbericht über Reichspräsidenten gebe oder wenn der Reichskanzler als verantwortungsvoller Staatsmann seine Auffassung dem deutschen Volk zur Kenntnis bringe. Das Wahlprüfungsgericht habe lediglich festzustellen, ob ein Kandidat zum Wahlamt geeignet ist, ob ein Kandidat zum Wahlamt geeignet ist, und ob der eingetragene Stimmbezirk in seiner Stimmfreiheit beeinträchtigt worden wäre. Anklagen gegen die Regierungen seien nicht vor dem Wahlprüfungsgericht, sondern vor den Parlamenten vorzubringen. Die Handhabung der Wahlordnung könne nicht im Reichsgewaltungsstreitverfahren oder vor dem Reichsgericht nachgeprüft werden. Es müsse aber betont werden, daß ein erhöhtes Eingreifen der Politik geboten war, um bei der starken Erregung der politischen Leidenshaften im deutschen Volk einen geordneten Wahlkampf zu ermöglichen. Die Sicherung der Wahlverträge nicht gegen den Grundgesetz der Wahlfreiheit.

# Der Wählterror der Nazis

## Zahlreiche Beispiele für die Nazi-Rohheit Wahl Hindenburgs für gültig erklärt

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag erklärte am Dienstag die am 10. April 1932 vollzogene Reichspräsidentenwahl für gültig. Eine Anfechtungsbewerbung der Nationalsozialistischen Partei wurde mit der Begründung abgewiesen, daß, selbst wenn sie in vollem Umfange berechtigt sei, der Wahlvorgang vor dem nächsten Bewerber noch sechs Millionen Stimmen befrage und sich das Ergebnis selbst für den Fall, daß der Anfechtungsbewerber stattgegeben würde, nicht ändern werde.

Die Anfechtungsbewerbung der Nazis begründete der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Frank II. Er erklärte, daß die Präsidentschaftswahl aus mehreren Gründen angefochten werden müsse. Einmal seien öffentliche Mittel für die Hindenburgpropaganda verwendet worden. Außerdem sei der Kandidat einseitig in den Dienst des Kandidaten Hindenburg gestellt worden. Auch die Königsberger Rede des Reichskanzlers sei als Wahlbeeinflussung angesehen. Weiter seien die Notverordnungen einseitig gegen die Nationalsozialisten angewendet worden. Sowohl Frank als auch Freisier berieten sich immer wieder auf die Verfassung, die die Freiheit der Meinungsäußerung gewährleistet.

Abgeordneter Stellung (Soz) begründete eine sozialdemokratische Wahlbeschwerde gegen den Terror der Nationalsozialisten bei der Wahl des Reichspräsidenten.

Sie lautet:  
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erhebt Beschwerde gegen den Terror der von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei der Wahl des Reichspräsidenten ausgeübt worden ist. Dieser Terror hat sich in allen denkbaren Formen geäußert:

Arbeiter wurden mit Entlassung, Geschäftskleute mit Exzessiven, Zeitungen mit Boykott, Versammlungsbesucher mit Gewalttaten, Redner mit Ford und Totschlag bedroht.

Besonders ging dieser Terror aus von den inzwischen aufgelösten SA- und SS-Abteilungen und deren Heimen, von denen aus planmäßig Heberfälle organisiert worden sind. Durch diese militärischen Bedrohungen ist eine allgemeine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit erfolgt.

In der Begründung der sozialdemokratischen Beschwerde wies Stellung darauf hin, daß bei der Präsidentschaftswahl die Wahlfreiheit nicht ausreichend geschützt worden ist, aber nicht in der von den beiden nationalsozialistischen Vertretern geäußerten Weise, sondern durch den von der NSDAP ausgeübten Terror.

Von den Nazis sei der Wahlkampf so geführt worden, wie es sich hoffentlich in Deutschland nicht mehr wiederholen werde.

Man habe Gerüchte über eine schwere Erkrankung Hindenburgs verbreitet und durch erlogene Erzählungen ähnlicher Art Bewirung in der Bevölkerung angerichtet. Sie hätten die Behauptung verbreitet, der preußische Minister Severing habe Material gegen die SA zuerst an Frankreich geliefert. Ferner seien in nationalsozialistischen Plakaten, Flugblätter und Zeitungen unschöne verleumderische

Angriffe auf Mitglieder der Reichs- und der preußischen Regierung erfolgt. Die Abgeordneten Straßer und Fried hätten von „Küfferrollen“ und vom „Sängen“ geredet, es sei die „Nacht der langen Messer“ angefündigt worden, man habe die „Marxisten“ hängen und Breitscheid und Kasperl „zu Dred schlagen“ wollen. Dadurch sei im Lande eine Stimmung erzeugt worden, die geradezu zum Terror gebrängt habe.

Aus der Fülle des vorliegenden Materials führte der sozialdemokratische Vertreter eine Anzahl Beispiele an: In Aitona sind die SA-Stürme am 3. April aus der Umgebung zusammengezogen worden, um eine Kundgebung der Eisernen Front zu hören. Mit künstlicher Hebermacht sind die Saturnkreuzer über einzelne Arbeitertruppen hergefallen, viele Arbeiter wurden schwer verletzt. Dort und in anderen Städten haben die SA ganze Straßenzüge abgeriegelt, die Arbeiter nach Waffen untersucht und sie mißhandelt. In Burs wurden 25 Radfahrer der Eisernen Front von über 100 Nationalsozialisten überfallen und mit Eisenkäden verlegt. In Berrigrode haben die SA das Gewerkschaftshaus auszudehnen versucht, dabei hat man bei ihnen Waffen in großer Zahl gefunden. In Stendal haben die SA Stellungen im Strahengraben besetzt. Ähnliches ist in Kellinhausen, Staffurt, Osterwieck und vielen anderen Orten festgestellt worden.

Die Wirkung dieser Bestellungen des sozialdemokratischen Vertreters war derart, daß Nazi-Frank erregt ausstieg und den Vorsitzenden aufordnete, dafür zu sorgen, daß weitere Ausführungen ähnlicher Art unterbunden werden. Der Vorsitzende erwiderte, daß er Frank das Wort nicht erteilt habe. Trotzdem redete der Nazi weiter. Als er dann darüber befehrt wurde, wie man sich vor Gericht zu benehmen hat, legte er sich wieder auf seine vier Buchstaben.

Abg. Stellung führt dann noch weitere Fälle blutigen Terrors aus dem Erzgebirge, aus Chemnitz und anderen Orten an, die übereinstimmend beweisen, wie die Wahlfreiheit von den Nationalsozialisten unterbunden worden ist.

In zahlreichen Orten sind Wahlversammlungen der Eisernen Front durch die Nationalsozialisten verhindert worden. Gegen Zeitungen und Geschäftsleute ist Boykott schärfster Art ausgeübt worden. Gutbesitzer haben ihren Arbeitern mit Entlassung gedroht, wenn sie in Hindenburgversammlungen gehen oder Hindenburg wählen würden. Durch diesen von den Nationalsozialisten verübten Terror ist unter der Bevölkerung eine Psychose entstanden, die ihre Wahlfreiheit aufs äußerste eingeschränkt hat. Am schlimmsten war es damit auf dem Lande, wo ein unerbittlicher Druck ausgeübt worden ist.

Aus alledem müsse das Gericht, so erklärte der sozialdemokratische Redner zum Schluß, zu dem Ergebnis kommen, daß die Wahlfreiheit gerade durch den Terror der Nationalsozialisten aufs härteste eingeschränkt und eingeschränkt worden ist.

Ministerialrat Dr. Rajenbergl verlas zu der Beschwerde der Nationalsozialisten eine frühere Erklärung der Reichsregierung, wonach Wahlreden im Rundfunk nicht zugelassen

## Ein unglaubliches Urteil

Völlig Unbeteiligte verurteilt — Schöffen natürlich Nazis!  
Minden i. W., 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Ein unglaubliches Urteil wurde am Dienstag von dem Mindener Schöffengericht in einem sogenannten Landfriedensbruchprozeß gefällt. Außer einem Nazi-Revolverführer wurden auch Sozialdemokraten abgeurteilt, die mit dem zur Verhandlung stehenden Vorfall direkt überhaupt nichts zu tun hatten.

Die Aburteilung galt einem Autoüberfall auf die Wohnung eines sozialdemokratischen Lehrers in Weichen. Im Anschluß an eine Schlägerei zwischen einem Nationalsozialisten und einer anderen Person wurde das Heberfallauto der Mindener Nazis angerufen, das bald darauf erschien. Da aber niemand mehr am Tatort zu sehen war, wurden ohne Grund sechs bis acht Schüsse in die Wohnung eines in der Nähe des Tatorts wohnenden Lehrers abgefeuert. In der Nähe des Lehrers hatten sich an diesem Tage mehrere Naturfreunde eingefunden, die eine Sommerabendfeier vorbereiten wollten. Als sich die Schlägerei abspielte, besand sich noch auf der Straße. Sie waren an dem Vorfall selbst aber nicht beteiligt. Unter Anführung von der Revolverführung, ein mit Zuchtlohn schwer vorbestrafter Mensch, und vier der Autoinsassen. Außerdem war auch ein an der Schlägerei beteiligter Mann angeklagt, der aber keiner Partei angehört.

Das Unglaubliche geschah, als der Staatsanwalt plötzlich während der Verhandlung nicht nur die bei dem Lehrer verammelten acht Naturfreunde, sondern auch den Lehrer Meier wegen Zusammenrottung und schweren Landfriedensbruchs unter Anklage stellte. Die Zusammenrottung des Gerichts war von Anfang an eindeutig, so daß die Verurteilung auch der an dem Vorfall nicht beteiligten Angeklagten erfolgte. Einer der Schöffen kamnte z. T. aus einem ländlichen Ort, in dem bei der Reichspräsidentenwahl nur Hitler-Stimmen abgegeben wurden. Das Urteil lautete gegen den Revolverführer auf zehn Monate Gefängnis, der Lehrer Meier und der an der Schlägerei beteiligte, keiner Partei angehörende Angeklagte, erhielten je sechs Monate Gefängnis. Alle übrigen Angeklagten wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen das empörende Urteil wurde von Meier und den acht Naturfreunden sofort Berufung eingelegt.

## Was Brüning gefordert haben soll

Paris, 4. Mai. (Eigener Funbericht.)

Bertinaz teilt im „Echo de Paris“ mit, daß Reichskanzler Dr. Brüning während seiner Besprechungen mit Macdonald und Stimson am 26. April in Gent folgende Forderungen der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages verlangt habe:

Deutschland solle auf die Hälfte seiner Kavallerie-Truppen verzichten, wenn ihm als Ersatz dafür eine schwere Geschütze und Tanks ausgestellt werden unter der Voraussetzung, daß diese Waffen von der Abrüstungskonferenz nicht verboten werden. Ferner wünsche Deutschland, daß die Dienstzeit in der Reichswehr verkürzt wird.

Bertinaz fügt hinzu, daß Stimson und Macdonald diese Forderungen zwar noch nicht angenommen, aber bereitwillig angehört hätten.

## Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meißner  
Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck verboten

(22. Fortsetzung.)

In Rachel Lindjans „Congo“ fand er in einem Gedicht. Die Fahrt von Santa Fe, seine eigene moderne Pilgerfahrt wieder, von einem anderen Gesichtspunkt aus gesehen. Hier ritt sie sich dem Dichter von dem Hüpfen und Rattern der vorbeieilenden Wagen gestört und verwirrt. Aber Will gehörte zu dem Hüpfen und Rattern, und es war nicht das Leben und Juchzen des sprießenden Grasses, das er aus dem Gedicht las, sondern sein eigener sonnenglühender Flug.

Der eiserne Wagen braut heran.  
Er flammt im Dyez wie Morgenrot,  
Seine schwinde Spur ist von Blitzen umhüllt,  
Durch Morgennebel bricht er sich Bahn.  
Er kommt wie ein Blitz und schießt drohend davon,  
Den Windmühlen ruft er schallenden Hohn.  
Der Wind nicht furchend durch die Erde,  
Auf tausend Hügel weidet die Herde.  
Hohe das Horn brüllt Wagemut, hohe das Horn bellt milde Wut,  
Hohe und Angst und Lustigkeit, hohe und Zorn, hohe und Streit.

Will überlegte nicht, daß der Dichter hätte er den Teufel rufen möge, der das Wagemut und wilde Wut brüllt und überhand, von irgend etwas Wuchtigerem als einer Rinderkompete. Will fühlte sich als Bettfahrer eines Bettelochs, der den ihn bewachenden Dichter hinter sich hat — ein Betteloch auf dem Hügel — seine letzte Fahrt beschönigend.  
„Herrgott!“ rief er, „ich möchte nicht, daß es solche Bücher gibt!“ hat geglaubt, daß alle Gedichte so wie Longfellow und Byron wären. Die Reiter, Europas. Und bis zum Ueberdruß

von Mißgeschick und Liebesleid reimten. Aber diese Bücher — das ist ja ich.“ Dann bedächtig: „Rein, das bin ja ich! Und sie hat sie mir gegeben! Ich will sie wiedersehen! Aber sie soll es nicht wissen. Jetzt sei einmal dornig!“ Schüchtern! Was erwartest du eigentlich? O — nichts. Ich werde nur einfach weiterfahren und verstoßel auch einmal ihren Anblick genießen, zum Andenken, ehe ich dahin zurückkehre, wohin ich gehöre.“

Eine halbe Stunde, nachdem Claire ahnungslos an seinem Hinterrad vorbeigefahren war, folgte er langsam. Doch er war viele Tage hindurch nicht mehr unvorsichtig. Erblühte er sie am Horizont, so hielt er an, bis sie außer Sicht war. Damit er aber im Falle der Not bei der Hand sein könne, kaufte er einen kleineren teuren Feldeker und beobachtete sie, wenn sie auf der Straße anhielt. Einmal, als sie sowohl am rechten Hinterrad als auch am Reiterverrad einen Pneudefekt hatte, bevor sie die nächste Stadt erreichen konnte, sah Will von weitem, wie sie einen Schleich machte und das Rad auf der staubigen Straße aufpumpte. Er hatte ein schmerzliches Verlangen, ihr zu helfen, obwohl man nicht besaupten kann, daß Pumpen an Juli nachmittagen seine Lieblingsbeschäftigung gewesen wäre.

Damit er ihr nicht in den Straßen begegne, schlug er immer öftlich von der Stadt, in der sie die Nacht verbrachte, sein Lager auf. Nach Einbruch der Dunkelheit, wenn sie aller Voraussicht nach die Lagestore in dem besten Gasthaus, das eben aufzutreiben war, beendete, verließ er seinen Karren irgendwo in ein Seitengäßchen und gleich einem Spion, wie er im Buch steht, schlich er sich in eine Garage nach der anderen, um nachzusehen, ob ihr Wagen dort sei.

Er pflegte hineinzuwandern, gedankenlos umherzugeschlendern und dem mürrischen Nachtdienst machenden Garagemann zuzuschauen. Haben Sie einen Mann durchfahren gesehen, der Smith heißt? Gewöhnlich knurrte der Garagemann: „Nein, ich habe keinen gesehen, der was Smith heißen hat. Wollen Sie sonst noch was?“ Aber einmal hatte er das Was, den langergestrichelten Herrn Smith zu finden!

Herr Smith war erstaunt und ließ nicht locker. Will mußte ihm was zusammenhängen. Während dieser Unterredung wurde ihm der Jemenboden unter den zappeligen Füßen heiß, und es kam ihm vor, als höre er den Garagemann im Büro telefonieren: „Glaub, er kennt den Smith gar nicht. Hab so eine Meinung als wäre das der Autodieb, der vorigen Sommer hier durchgekommen ist.“

Als Claire einmal nicht in der ersten Stadt anhielt, die sie nach Einbruch der Dämmerung erreichte, sondern im Zwielicht weiterfuhr, mußte er ein gefährliches Tempo einschlagen, um sie eingeholen. Die Lampen eines Teal-Wagens sind sehr ornamental, aber Leuchten ist nicht ihre Sache. Sie sind von einem Dynamo abhängig, der wieder von gut Glück abhängig ist.

Als er einmal im Dunkel dahinschleifte, bemerkte er, daß der stummstehende Wagen, den er eben überholt hatte, der Gomez war. Er glaubte, hinter sich rufen zu hören, doch in panischer Angst fuhr er weiter.

Dem surrenden Motor sagte er: „Jetzt werd ich sie mal sehen!“ Ich bin ein solcher Lummel und laß sie's nicht wissen, wenn ich in jenen Staat bin wie sie, bin ich doch wirklich ein erfolgreicher Liebhaber. Als Prinz Herzogdies gewinn ich den Wanderbühnen-Fokal. Ich mache so rapide Fortschritte nach hinten, daß ich wahrscheinlich über den nächsten Hügel in den Atlantischen Ozean purzeln werde.“

IX.

Der Mann mit den Mohai-Augen.  
Als ihr Wagen den Missouri-Fluß auf der Seite überquerte zwischen Bismarck und Mandan überflog hatte, war Claire von Middle-West nach Far-West gelangt. Sie kam auf ein Plateau jungfräulicher Prairielandes, so ganz ohne Haus und ohne Baum, so göttlich lauschlich, so voll üppigen Grasschuges, daß sie sich vorstellen konnte, wilde Büffel kreifen dort umher. In einer Vertiefung stand ein echtes Prairie-Schiff, und die umherwandelnden Heimstätten jeder lagerten dort und bereiteten im Freien ihr Mahl. Im Innern des Wagens, auf einer Decke im Heu, lag ein kleines Kind und guckte neugierig heraus; Claire hüpfte das Herz.

Dann schien es ihr, als könnte sie tief atmen, weiter sehen. Wieder kam sie aus noch nicht ungebrochenem Prairie-Land in Wehengegenden und große Städte.

Sie hatte von dem neuen Land nicht nur den Glanz des sonnendbeschienenen Weiten. Manchmal, an bewölkten Tagen, war das jampfige Weizenland so braun und düster und geheimnisvoll wie ein englisches Moor im Nebel. Die weißschimmernden Hügel erlähnen in diesem gigantischen Rauberzwerghaft kein; die brünnenden Landstreden vermanbelten Claires Hotte, benzindetriebene Energie, in eine Melancholie, die voll Erinnerungen war an vergangene, düstere Schönheiten.

# Wahlkampf in Frankreich

Zehntausende Wähler sind verloren.

Uns wird geschrieben:

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges der französischen Wahlen haben die Erwartungen der französischen Linksparteien nicht nur erfüllt, sondern sogar übertrifft. Schon jetzt sieht ein deutlicher Aufwind in der Luft, obwohl bisher nur etwas mehr als ein Drittel der Mandate besetzt werden konnte.

In rund 380 Fällen wird eine Stichwahl notwendig sein. Vor vier Jahren war ein zweiter Wahlgang in 427 Kreisen erforderlich. Der erste Wahlgang hat also die Situation bereits erheblich stärker geklärt als dies am Morgen nach dem ersten Wahlgang vom 1928 der Fall war. Die große Klarheit läßt indes diesmal schon jetzt erkennen, daß die Linke im Vorzug ist. Um nur ein Beispiel anzuführen: 1928 wurden nur 14 Sozialisten im ersten Wahlgang gewählt, diesmal sind es 40. An Radikalen und verwandten linksbürgerlichen Gruppen waren damals nur 20 Abgeordnete sofort durchgekommen, jetzt sind es an die 75. Von den Parteien der Rechten, die hinter der jetzigen Regierung Tardieu stehen und die damals Poincaré unterstützten, waren etwa 125 Abgeordnete sofort gewählt worden, jetzt sind es einhundert nur höchstens 110.

Über das ist nicht einmal das Entscheidende. Ausschlaggebend sind die Stimmenzahlen der einzelnen Kandidaten in jenen Kreisen, in denen eine Stichwahl notwendig ist. Vor vier Jahren haben die Sozialisten das Bild zugunsten der Linken, insbesondere der Sozialisten, wesentlich verschoben, ohne jedoch die knappe Rechtsmehrheit verhindern zu können, die vier Jahre lang vom Verbleiben Europas am Ruder blieb. Diesmal erweist die Position der linken Parteien für die Stichwahl noch günstiger als 1928. Sie ist schon deshalb günstiger, weil die Kommunisten über all verloren haben, sogar in ihren bisherigen Hochburgen. Die Pariser Rechtspresse versucht, diese Tatsache als Trost für die Anhänger zu buchen. In Wirklichkeit kommt sie ausschließlich den Linksparteien, vor allem den Sozialisten, zugute. Darüber ist sich die Reaktion nicht im geringsten im Zweifel, denn sie weiß am besten, daß sie ihre geringe Mehrheit von 1928 lediglich den Selderdiensten verdankte, die ihnen Moskau leistete, indem es anordnete, daß alle kommunistischen Kandidaturen im zweiten Wahlgang aufrecht erhalten blieben. Auch wenn jetzt an die Kommunisten die gleiche Parole ausgegeben wird, wie ehemals, so wird sie sich nicht mehr so verheerend für die Linke auswirken können, weil die Sozialisten oder die Radikalen die kommunistischen Stimmen nicht mehr brauchen, um am kommenden Sonntag die Reaktion zu schlagen. Freilich würde sich die Parole der Rechten noch viel verheerender gestalten, wenn die französischen Kommunisten endlich erkennen würden, daß der Hauptfeind rechts steht und nicht bei den Nachbarparteien.

Die Mittelpartei der sogenannten Radikalen Linken, deren früherer Führer der verstorbene Abgeordnete Loucheur war, gab vor vier Jahren den Ausschlag zugunsten der Rechten. Wenn sie aber jetzt, das das Renouveau nach links ausgeschlagen hat, wird sie im künftigen Parlament bestrebt sein, die Links-Realität zu verschärfen. Aber selbst, wenn sie geschlossen weiter zu Tardieu nickte, würde sie ihm nicht mehr nur Mehrheit verbessen können. Schon jetzt läßt sich sagen, daß Tardieus Mehrheit verloren gehen wird.

Es kommt jetzt in der Hauptsache darauf an, daß die Linksparteien am nächsten Sonntag loyal zusammengehen, daß also der Kandidat der Linken, der am 1. Mai am besten abgeschnitten hat, alle Linksstimmen am 8. Mai erhält. Die Führer der beiden großen Linksparteien, der Sozialisten und der Radikalen, haben ihren Willen deutlich kundgegeben, die so oft bewährte „republikanische Disziplin“ auch diesmal wieder zu üben. Die Wählermassen werden dieser Parole zweifellos fast überall folgen, so daß bei den meisten Stichwahlen ein Vertreter der Linken den Sieg davontragen wird.

Es ist übrigens beachtenswert und erfreulich, daß eine ganze Anzahl führender Sozialisten und Radikalen, die vor vier Jahren entweder nur mit großer Mühe bei der Stichwahl ein Mandat erhalten oder zunächst unterlegen waren, diesmal gleich im ersten Wahlgang gewählt wurden. Mit Ausnahme von Paul Faure, über dessen erwartetes Mißgeschick bereits berichtet wurde, sind fast alle bekannten sozialistischen Führer wiedergewählt — auch solche, deren Mandate als höchst gefährdet galten — oder sie stehen am kommenden Sonntag vor einem sicheren Sieg. Das gleiche gilt für die meisten prominenten Abgeordneten der Radikalen Partei. In den Industriebezirken ist der Sozialismus wieder oben auf, der Kommunismus hat entweder völlig abgemittelt oder stark an Einfluß verloren.

Erst nach dem nächsten Sonntag wird man das französische Wahlschlachtfeld restlos überblicken können. Aber schon jetzt läßt sich die Niederlage der Reaktion erkennen. Das französische Volk, das unter der Wirtschaftskrise ebenfalls in heiligem Mitleid mit seinen hat, hat sich weder fatalistisch, noch kommunistisch aufbehalten lassen. Es hat sich auch nicht durch das Geheiß des Renouveau, das die Nationalisten auf Grund des Aufschwunges der Nazisstimmen in Deutschland an die Wand malten, irreführen lassen. Es hat seinen Willen zur Demokratie und zur Völkerverständigung trotz Tardieu und trotz Sitter klar zum Ausdruck gebracht. Die Wähler, die am 8. Mai ein zweites Mal zur Urne schreiten müssen, werden dem vollkommenen, was am 1. Mai so erfolgreichspendend eingeleitet worden ist.

## Stichwahlbündnis zwischen Radikalen und Sozialisten

Paris, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Exekutivausschuß der radikalen Partei Frankreichs beschloß am Dienstag, alle Bezirksverbände auszusondern bei den Stichwahlen die Interessen der radikalen Partei auf das Beste zu verteidigen und zwischen den republikanischen Parteien die notwendigen Verzichte auf nicht aussichtsreiche Kandidaturen hervorzuheben, um der Reaktion den Weg zu versperren.

Dieser Beschluß bedeutet die offizielle Anerkennung der „republikanischen Disziplin“. Schon vor seiner Bekanntgabe haben verschiedene Bezirksverbände der radikalen Partei ihre Kandidaten, die im ersten Wahlgang nicht günstig abgeschnitten haben, zugunsten der sozialistischen Kandidaten zurückgezogen. Einige sozialistische Bezirksverbände haben das gleiche zugunsten der radikalen Kandidaten getan. Wenn dieses Verfahren, das in keiner Weise die Unabhängigkeit der Parteien betrifft, überall zugunsten des Linksblockes angewandt wird, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hat, so wird es in vielen Fällen möglich sein, die reaktionären Kandidaten zu schlagen und den Sieg der Linksparteien zu vervollständigen.

Die beiden noch ausstehenden Wahlergebnisse von der Kolonie Guadeloupe sind am Dienstag bekannt geworden. In einem Wahlkreis ist der bisherige Abgeordnete Candace (radikale Linke) wiedergewählt worden, in dem zweiten Wahlkreis muß eine Stichwahl stattfinden.

Paris, 4. Mai. (Eig. Funterbericht.)

Der Exekutivausschuß der Radikalen Partei hat in seiner am Dienstag abgehaltenen Sitzung eine zweite Entschließung angenommen, in der zunächst Herr Jotier der Dant der Partei für seine wirkungsvolle Wahlkampagne auszuzeichnen und dann erklärt wird, daß der Vorstand, um der Partei ihre volle Handlungsfreiheit zu versichern, sich alle Entscheidungen über die Regierungsbildung vorbehalten, die notwendig ausgelegt werden können. Um eine Erläuterung dieses Beschlusses gebeten, erwiderte Herr Jotier, daß alle Entscheidungen, die man ihm bis zum 18. Mai unterbreiten sollte, ohne ungünstig angesehen werden würden. Es sei seine Pflicht, keine Parteifreunde über ein Problem verunsichern zu lassen, dessen

# Proletarische Einheit in der SPD.

SPD.-Leute, denen es ernst ist mit dem Schicksal der Arbeiterschaft kommen zur SPD. und zur StW.

Jena, 28. April.

Schon bald nach der Abspaltung von der SPD durch Gründung der SAP hat sich gezeigt, daß die politische Vernunft die SAP-Leute wieder zur Sozialdemokratischen Partei zurückführt, unter deren Führung allein die proletarische Einheit des arbeitenden Volkes geschaffen werden kann. Die SAP ist eine für den Kampf gegen den Faschismus ganz bedeutungslos Spaltengruppe. Das kommt in den relativ zahlreichen schriftlichen Befundungen zum Ausdruck, mit denen Mitglieder der SAP ihren Austritt aus dieser Partei und ihren Wiedereintritt in die SPD bekräftigen. Von den verhältnismäßig zahlreichen Schreiben geben wir zwei aus den letzten Tagen wieder:

Jena, 25. April 1932.

Werte Genossen!

Die Zeit vom Oktober 1931 bis heute hat gezeigt, daß der Traum der SAP, eine proletarische Massenpartei zu werden, nicht in Erfüllung gegangen ist. Ich, als junger, unerfahrener Proletarier, glaube, in der SAP erfolgreich für die Arbeiterschaft einzutreten zu können. Eine kleine Gruppe, wie die SAP, kann meiner Meinung nach im Klassenkampf nie erfolgreich tätig sein. Um die Mitglieder, die damit gezögert hatten, daß die SAP eine Massenpartei würde, nicht nutzlos zu machen, wurde die Parole herausgegeben für „Proletarische Einheitsfront“.

Wie steht es heute mit der Einheitsfront aus? Wenn wir uns die Presse der SPD und die der SAP anschauen, so sehen wir sehr wenig von einer Einheitsfront. Die SPD, die der SAP am nächsten steht, schreibt seitenslange Artikel gegen die SAP. Und wie sieht es denn in der SAP selber aus?

Hier bestehen Gegensätze, die nicht von heute auf morgen, ja, ich glaube, überhaupt nicht überbrückt werden können.

Die SAP hat heute keine Existenzberechtigung mehr, was die Wahlen ja auch beweisen haben. Es gibt heute nur eins: Das ist der Kampf gegen den Faschismus. Den Kampf erfolgreich führen kann nur eine gut und klar organisierte Partei. Diese ist meiner Ansicht nach die SPD und die Jugendorganisation der arbeitenden Jugend, die StW.

Ich erkläre deshalb meinen Austritt aus dem SPD und der SAP. Ich trete mit dem heutigen Tage der StW und der SPD bei, um in diesen Organisationen den Kampf gegen den Faschismus für die Befreiung der Arbeiterklasse zu führen. Treuehaft. Otto Wiedumill.

Diesen Ausführungen schließe ich mich an, da ich glaube, daß nur eine einzige Arbeiterschaft den Sieg über die Reaktion davontragen kann. Artur Fricke.

## Württembergische Demokraten für die Nazis?

Seltene Verhandlungen der Württemberger Demokraten

Stuttgart, 3. Mai. (Eig. Drahtb.)

Die Bemühungen, in Württemberg eine Rechtsregierung unter Ausschaltung des Zentrums und unter Führung der Nationalsozialisten zu Stande zu bringen, nehmen immer greifbarere Gestalt an.

Als das Landesorgan des Zentrums zum ersten Mal von diesen „ungeheuren Möglichkeiten“ Mitteilung machte, glaubte die „Frankfurter Zeitung“ in einer Meldung aus Stuttgart darin lediglich den Ausdruck einer gewissen Nervosität erblicken zu wollen und lehnte jede sachliche Erörterung eines solchen Planes mit der Versicherung ab, daß für die Demokraten eine solche Kombination selbstverständlich ganz undistastbar sei. Die letzten Tage haben aber gezeigt, daß die über schwabischen Nachfahren der Friedrich Panzer und Conrad Haubmann nichts mehr undistastbar ist.

Die leitenden Persönlichkeiten der Demokraten beraten unter dem Einfluß eines mehr auf das Geschäft als auf die Schamung Wert legenden Zeitungsverlegers seit Tagen allen Ernstes darüber, ob sie das Experiment einer „evangelischen“ Regierung unter der Führung der Nationalsozialisten nicht doch versuchen sollen.

Die Entscheidung wird sehr bald fallen müssen, da der Landtag nach der Verfassung am 10. Mai zusammentritt. Für die Wahl des Staatspräsidenten gilt im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit. Eine zweibeitige Haltung der Demokraten könnte also bewirken, daß ein Saatenkreuzer mit relativer Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt wird, dann die Regierung nach seinem Ermessen zusammenstellt und selbst wenn diese durch einen Mißtrauensantrag wieder gestürzt werden sollte, in Ermangelung der Möglichkeit für eine positive Mehrheit der Linken, das Land vier Jahre lang unter der Firma eines Geschäftsministers regiert. Es wäre zweifellos eine Verleugnung nicht nur aller Traditionen der württembergischen Demokratie, sondern auch ihrer Haltung im letzten Wahlkampf, wenn sie zur Herbeiführung eines solchen Ergebnisses auch nur indirekt beitragen würde.

## Reichskabinett für das Schicksal der Gemeinden verantwortlich

Berlins Defizit um 80 Millionen verringert

Im Stadtparlament der Reichshauptstadt wurde am Dienstag von dem sozialdemokratischen Stadtkämmerer Wjck der Stadthaushaltsplan für 1932 vorgelegt.

Im letzten Jahr ist es in der Reichshauptstadt trotz anwachsender Wohlfahrtslasten, trotz Steuererhöhungen usw. gelungen, eine Erhöhung der Gesamtverschuldung der Stadt und ihrer Gesellschaften zu vermeiden und das Defizit des Jahres 1931 um ungefähr 80 Millionen Mark herabzuziehen. Maßnahmen, die bis an die Grenze des Erträglichen gingen und deren Auswirkungen jeder Berliner zu spüren bekam, haben diesen Erfolg der Berliner Finanzpolitik ermöglicht. Trotzdem ist auch Berlin heute wie das Gros der deutschen Gemeinden am Ende seiner Kraft und auf Reichshilfe angewiesen. Die Notwendigkeit einer unverzüglichen Aktion zugunsten der Reichshauptstadt hat der Reichstangler in einer Unterredung mit dem Berliner Oberbürgermeister und dem Berliner Stadtkämmerer inzwischen anerkannt. Der Stadtkämmerer schloß deshalb seine Rede mit der Feststellung, daß die Reichsregierung über die Möglichkeit und die unabsehbar Folgen eines finanziellen Zusammenbruchs der deutschen Gemeinden genauestens informiert sei und deshalb für die Zukunft der deutschen Gemeinden in vollem Umfange die Verantwortung trage.

## Englands Regierung dient den Arbeitgebern

Gesetzliche Verlängerung der 7 1/2-Stunden-Schicht

London, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die britische Regierung beabsichtigt nach den ergebnislosen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der englischen Kohlenindustrie nunmehr von sich aus ein Gesetz einzubringen, das den gegenwärtigen 7 1/2-Stunden tag auf unbegrenzte Zeit verlängert, sofern nicht der 7 1/2-Stunden tag international ratifiziert werden sollte. Die gegenwärtigen Löhne sollen auf ein Jahr fixiert werden. Die Absicht der Regierung entspricht vollständig einem Angebot der Arbeitgeber an die Gewerkschaften, das von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnt wird.

Die Arbeitgeber in der Baumwollindustrie von Pancahire kündigten die Tarifverträge. Von der Kündigung werden etwa 200.000 Arbeiter betroffen.

materielle Unterlagen noch nicht genügend bekannt sind. Die Reaktionäre Partei will sich also vor dem endgültigen Wahlergebnis in Bezug auf die Bildung der zukünftigen Regierung in keiner Weise festlegen.

Der Blum erinnert in einem Artikel im „Populaire“ die Bezirksverbände der Sozialistischen Partei daran, daß sie gemäß dem Beschluß der Parteikonferenz die nicht ausreichenden Kandidaten zurückziehen, ohne von einer anderen Partei eine Belohnung oder einen Ausgleich zu verlangen und ohne in die antikomunistische Einheitsfront einzutreten. Die Reaktion zu schlagen, sei das Hauptziel der Sozialisten.

Die Bezirksverbände von Paris und den beiden angrenzenden Departements Seine et Oise und Seine et Marne haben bereits am Dienstag in mehreren Fällen ihre Kandidaten zugunsten kommunistischer oder sozialistischer-kommunistischer Kandidaten zurückgezogen.

Die Rechtsparteien geben die Schlacht noch nicht verloren. Der Propagandachef der republikanischen Föderation erklärt im „Echo de Paris“, daß die nationalen Republikaner nur dann in zahlreichen Wahlkreisen unterliegen würden, wenn keine Einigkeit zwischen den verschiedenen Kandidaten erzielt werde. Das Kartell müsse verhindert werden. Zu diesem Zweck sei eine letzte Anstrengung der Einigkeit notwendig.

Der in Korsika geschlagene frühere Arbeitsminister Landry hat gegen das Wahlergebnis Protest eingereicht, da nach seiner Ansicht bei der Auszählung der Stimmen Betrugsereien vorgekommen seien.

## Heute Parteiausschuß

Der sozialdemokratische Parteiausschuß tritt heute Vormittag zur Besprechung der politischen Lage nach den Landtagswahlen zusammen. Außerdem werden die Verhandlungen durch die Erörterung organisatorischer Fragen ausgefüllt werden.

## Reichs-Kontrolle über die Wehrverbände

Notverordnung besorgend

Die für heute abend zu erwartende Notverordnung der Reichsregierung über militärische Organisationen bestimmt, daß Verbände wie das Reichsbanner, der Stahlhelm u. a. der Kontrolle durch die Regierung bzw. die zuständigen Reichsministerien unterworfen werden. Die betreffenden Organisationen werden nach der neuen Verordnung ihre Satzungen einzureichen haben und sind verpflichtet, sie zu ändern, wenn die Regierung es verlangt.

## Rechtsregierung in Anhalt

Desau, 4. Mai. (Eigener Funterbericht.)

Der Kuhhandel der Rechtsparteien des Anhaltischen Landtags um die Regierungsbildung ist nach tagelangem Hin und Her endlich beendet worden. Die Parteien werden dem Landtag als Ministerpräsidenten einen abgebauten nationalsozialistischen Regierungsrat in Vorschlag bringen. Die Volkspartei ist mit bei der Partei. Sie darf jedoch nur mitmachen, ohne mitbestimmenden Einfluß zu haben.

## Gefälliger Staatsanwalt hereingefallen

Weimar, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Das Schwurgericht Weimar sprach am Dienstag den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Paul Seele und den Gewerkschaftsführer des Reichsbanners Schwarz, Rot, Gold, Can Th. zinnen, Dr. Diegel, von der Anklage der Verletzung ihrer Eidespflicht frei. Der Staatsanwalt hatte trotz widersprechender Zeugenaussagen 1 Jahr bzw. 1 1/2 Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust beantragt.

Am 20. Mai 1930 hatte der Nazikandidat Knaut, Jena, die Fäden der Republik durch einen unflätigen Juruf beschnipft. Knaut kam auf einem Kade einem Personenauto des Reichsbanners entgegen, in dem u. a. Seele und Diegel saßen. Der Kraftwagen nahm sofort die Verfolgung des Radfahrers auf. Als der Wagen den Radfahrer eingeholt hatte, war bereits eine Prügelei entbrannt. Knaut wurde später wegen Beleidigung der Republik gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Er behauptete, von Seele und Diegel geschlagen worden zu sein, was beide vor dem Untersuchungsrichter unter Eid bestritten. Die Anklage in dem jetzt zum Abschluß gedragten Prozeß nahm an, daß beide Aussagen falsch seien.

## Notwehr bestätigt

Hannover, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das Landgericht Lüneburg (Große Strafkammer) hat das gegen den Geschäftsführer des Kleinbauernbundes Selter wegen Leichtfertiges eingeleitete Verfahren eingestellt. Selter hat am 2. Februar in Schwinde den nationalsozialistischen Sozialistischer Sieger in der Notwehr erschossen. Der Vorbestand der Notwehr ist durch die Einstellung des Verfahrens einwandfrei erwiesen. Damit ist zugleich die Behauptung Selters gestrichelt.

Karben (Unter-Bege)	2,98	2,46
Dybermuth	1,53	1,57
Abflugmenge festbindlich	89	81
Württemberg vom 3. 5. 0,85		0,79
Württemberg	1,50	0,98

Samstag, 4. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

**WAPPENHOF**  
 Mittwoch, 20 bis 22,30  
 Abend-Vorstellung B 16  
**Cavalleria rusticana**  
**Der Bajazzo**  
 Donnerstag, 18 bis 22,45  
**Barfival**  
 Freitag, 20 bis nach 23  
 Abend-Vorstellung C 15  
**Der Barbier von Bagdad**  
**Lais**

**Schauspielhaus**  
 Täglich 8 Uhr  
 Gollspiel  
 Berliner Bühnenkünstler  
 Der sensationelle Erfolg  
**Ein entzückender Mensch**  
 Preise 50 Pf. bis 3.- Pf.

**Preiswert**  
 2 moderne  
**Bettstellen**  
 dunkel poliert mit  
 Patent u. **125.-**  
 Auflage  
 Teilzahlung gestattet  
**Nowotny**  
 Weidenstraße 23/24

**3** Monate erleben im  
 dieser Zeitung  
 den größten Erfolg

Freitag, 20 Uhr, im Schloßmuseum  
**Kammermusikabend**  
 der Schles. Philharmonie 1480  
 Karten in der Geschäftsstelle.

**WAPPENHOF**  
 Heute Mittwoch, ab 4 Uhr  
**Nachmittags-Vorstellung**  
 mit dem großen Mai-Programm  
**Gastspiel Fred-Kaiser-Ensemble**  
**3 Mägde**, unerreichte Klarheit  
**Ingrid Nyberg**, internationaler Gesangstar  
**4 Rivas**, weltbekannter Lullakt  
 Herold-Krupp, modernes Gesangsduett. — Fritz  
 Sylvaré, Damen-Imitator. — 4 Rosevill-Glets,  
 akrobatisch-exzentrische Tänze usw. — Eintritt 25 Pf.  
 Ab 8 Uhr in allen Sälen:  
**Bunter Abend**  
 des Gau 29 B. D. R.  
 Varieté / Ball / 2 Kapellen

**Luna-Park**  
 Breslau-Mergau  
**Heute Mittwoch**  
 sowie Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der beliebte, verkehrte Ball**  
 Eintritt Damen 10 Pf., Herren 30 Pf.  
 Morgen Donnerstag (Himmelfahrt)  
**Erstes großes Kinderfest (Alt Heidelberg)**  
 Leitung Onkel Drolli, Kasperle-Theater, Fest-  
 umzug. Jedes Kind erhält ein 1 Paar Wiener  
 grüßl. — Anfang 4 Uhr. —  
 Eintritt für Kinder und Erwachsene frei.  
 Ab 6 Uhr im Sternensaal: TANZ

**Kauf** nur im  
**Fahrradhaus Sieg**  
 Neumarkt 19, neben Barasch  
**Sieg ist billig!**  
 Decken ab 1.35, Pedale ab 0.75, Kette ab 0.65, engl.  
 Lenker ab 1.50, Rücktrittfreilauf kompl. ab 5.95,  
 Rotax-Rennnabe ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95,  
 Rennr. gemufft 25.—, Räder kompl. m. Freilauf ab 46.50  
 Genossen erhalten 5% Rabatt!

**Zur Baumbliete**  
 auf dem Kirschberge  
 bei Deutsch-Lissa  
 ladet freundlichst ein A. Wenzel

**Lebensbilder** erzählt von Willy Cohn  
**Karl Marx 60 Pf.**  
 Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

**Brauchst Du Geld,**  
 Sei ohne Sorgen,  
**Leibhaus Wachtel**  
 Wird Dir borgen  
 Geld auf Pfänder aller Art  
 Schmiedebrücke 64/65, I. Etage — Tel. 242 19

**4 Uhr** Morgen (Himmelfahrt) **8 Uhr**  
 Das ausgezeichnete  
**Mai-Programm**  
 Ab 7 Uhr: Der große **2 Kapellen**  
**beliebte Wappenhof-Ball**  
 im kleinen Garten ab 3 1/2 Uhr: **Künstler-Konzert**  
**4 Uhr** Freitag, den 6. Mai: **8 Uhr**  
**2 Vorstellungen 2**

**Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54**  
 Donnerstag **Groß-Festanz** Ermäßigte Preise!  
 (Himmelfahrt)

**STADION / BRESLAU**  
 Sonnabend, den 7. Mai, 20 Uhr,  
 Sonntag, den 8. Mai, 15 Uhr,  
 Sonntag, den 8. Mai, 20 Uhr.  
**Große**  
**Reichswehr-Wohltätigkeitskonzerte**  
 zum Besten von Kriegerwaisen / über 250 Musiker  
 Leitung: Heeresmusikinspizient Schmidt-Berlin  
 Eintrittspreise: 0.30, 0.50, 1.00, 1.50 Mk.  
 Vorverkauf:  
 Verkehrsbüro Barasch, Theaterkasse Wertheim,  
 Konzertdirektion Hoppe, Stadion-Verwaltung  
 und 2. Kavallerie-Division.



**Buchhandlung**  
**Volkswacht** Modernes  
 Antiquariat  
 Breslau, Flurstraße 4/6



**Finden Sie nicht auch, daß Prager recht gehabt?**

Der Erfolg spricht für ihn und  
 der Erfolg hat immer recht - -  
 - hinter Prager's Ankündigung

**Rekord der Billigkeit**

steht auch die wahre Leistung - - -  
 - - - und nun, hat Prager abermals  
 große Mengen Mäntel und Anzüge  
 angefertigt und wiederum zu spott-  
 billigen, geldsparenden Preisen be-  
 reitgestellt. Breslauer, es ist eure  
 Gelegenheit, wohl dem, der solche  
 Gelegenheit ergreift!

- Herren-Sport-Anzüge**  
 nur moderne Ware . . . . . ab **12<sup>50</sup>**
- Herren-Kammgarn-Anzüge**  
 in blau reine Wolle . . . . . ab **21<sup>50</sup>**
- Herren-Kammgarn-Anzüge**  
 in braun und blaugrau . . . . . ab **19<sup>50</sup>**
- Bester Maß-Ersatz**  
 für den verwöhnten Geschmack ab **52<sup>50</sup>**

- Herren-Mäntel**  
 dereleg. Slipon, ganz auf K'Seide, ab **17<sup>50</sup>**
- Herren-Paletots**  
 in marenge für den älteren Herrn,  
 ganz auf K'Seide . . . . . ab **25<sup>50</sup>**
- Herren-Covercoat**  
 immer modern, ganz auf K'Seide **29<sup>50</sup>**
- Herren-Trenchcoat**  
 in blau und modifarbig . . . . . ab **8<sup>50</sup>**
- Herren-Lodenmäntel**  
 gut imprägniert . . . . . ab **12<sup>50</sup>**

**Knickerbocker, gestreifte Hosen**  
 Ersatzhosen ganz enorm billig.

**Größte Auswahl in Windjacken**  
 Lüsterjacken und Leinenjacken.

Für gute Kinderkleidung zu enorm billigen Preisen ist auch bestens gesorgt!

**L. Prager**

Albrechtstrasse 51 Eingang Ecke Schuhbrücke

SEIT  
**73**  
 JAHREN

**Wegweiser** für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft **zum Vorteil!**  
 zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und

**Jedem man bringen**  
 was jedermann braucht  
 zu jedermanns Preisen!

Wer mit  
**Tietz**  
 rechnet  
 kann sich mehr leisten!

**Glas- u. Gebäude-Reinigungs-Institut**  
**"MERKUR"**  
 übernimmt alle Fensterreinigungsarbeiten, Fenster-  
 und Fassaden-Waschen, Parkett- und Linoleum-  
 Reinigung. **J. Gierth**, Breslau, Ursulinerstr. 10  
 Telefon 55221

Sanitätshaus  
**Franz Maasc**  
 Klosterstraße 30/32  
 Lieferant  
 sämtl. Krankenkassen  
 für Bandagen,  
 orthopädische Apparate  
 und  
 sämtl. Krankenpflege  
 Artikel  
 Fernruf 298 20



**BLUMENSCHULZ**  
 Tel. 2946 Robert Schulz, Breslau 2 Tel. 294 06  
 Atelier für moderne Blumenbindererei  
 Gartenstraße 98, gegenüber Hauptbahnhof

**Brillen • Kneller**  
 in jeder Ausführung  
 erhalten Sie bei  
 Optiker  
**Artur Schwarzer**  
 29 Klosterstraße 20  
 Krankenkassen-Lieferant  
 Ende, Jarben, Einzel-  
 u. Mehrfach  
 Feldstraße 50

**Warum**  
 sind über 88 000 Haushaltungen Mitglied im Breslauer  
 Consum-Verein?

**Warum**  
 vergrößert sich der Mitgliederkreis nachweislich von  
 Monat zu Monat?

**Weil**  
 der Breslauer Consum-Verein keine Erwerbs-  
 gesellschaft, sondern eine Konsumgenossenschaft ist,  
 alle Vorteile und Ersparnisse am Jahreschluss satzungsgemäß seinen Mitgliedern zugute kommen lassen muß.

**Rückgewähr - Auszahlung**  
**1931 Mark 1 621 856,55**

**weil**  
 trotz großer Ersparnisse alle Waren in jeder Beziehung  
 preiswert und von erster Beschaffenheit sind.

**Weil**  
 im Breslauer Consum-Verein jedes Mitglied an allen  
 technischen Errungenschaften und am Gesamtbesitz be-  
 teiligt ist.

Durch seine großen Steuerleistungen dient der  
 Breslauer Consum-Verein dem Staat und voll-  
 bringt trotzdem noch Großes an seinen Mitgliedern.  
 Warum zögern Sie noch? Werden Sie Mitglied im

**Breslauer Consum-Verein**

**Musikinstrumente**  
 nur von  
**Friedrich Gessner**  
 Breslau 1  
 Wolfenstraße 30

**Eisenwaren u. Wirtschaftsartikel**  
 kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei  
**Nosier & Nosier** Besenstraße 33  
 Ecke Tannentienstr.

**Feine Fleisch- und Wurstwaren**  
 bei **K. Kimpke**, Hirschstraße 70

## Um Pflichtarbeit, Unterstützungskürzungen und Mietsenkungen

### Negative Beschlüsse des Breslauer Stadtparlaments

**Abschaffung der Pflichtarbeit und Rückgängigmachung der Unterstützungskürzung mit Stimmgleichheit abgelehnt die SAP. trägt hierfür die Schuld - Auch Senkung der Siedlungsmieten abgelehnt - Änderung des Gastalles noch einmal verlagert - Nazis stellen Zinsanträge, die kein Mensch versteht - Beginn der Etatberatungen Donnerstag, 19. Mai**

Die Erwerbslosen sind gestern zum ersten Male Opfer der Parteispaltung geworden. Bekanntlich thront seit Neujahr dank der Eafstein und Genossen der Deutschnationalen Dr. Friedrich als Vorsteher. Kommunisten und Sapler hatten die Abschaffung der Pflichtarbeit und einiges andere zugunsten der Erwerbslosen beantragt. Im Ausschuß waren die Anträge mit sozialdemokratischer Hilfe angenommen worden. Gestern hat sich von uns die Genossin Wittner für bessere Methoden beim Wohlfahrtsamt eingesehen, während sich Genosse Tisch zugleich gegen die nazistischen Kreisstellenleiter wandte, die den Erwerbslosen das Leben schwerer als nötig machen. Die Nazis hegen die Erwerbslosen auf, sagen aber nichts davon, daß ihre Parteifreunde es sind, die die Erwerbslosen unwürdig behandeln. Dann kam es zur Abstimmung, wobei wieder einmal der gar nicht seltene Fall der Stimmgleichheit eintrat. Genosse Bandmann hätte in diesem Falle als Vorsteher für die Erwerbslosen entschieden, der deutschnationalen Vorsteher tat das Gegenteil und erklärte die Anträge für abgelehnt. Was nützt es nun, wenn Kommunisten und Sapler einmal einen brauchbaren Gedanken haben, und durch ihre Gesamtpolitik dafür sorgen, daß er nicht durchgeführt wird?

Ein zweiter Fall, der zu Debatten Anlaß gab, waren ebenfalls Anträge der Kommunisten und Sapler zur Mietsenkung in den städtischen Siedlungen. Unsere Genossen wußten zwar, daß es sich um zwecklose Anträge handelte, die vor der Wahl gestellt waren, aber trotzdem stimmten sie dafür, weil nach den Wahlergebnissen der Nazis die Mieten durch „Bremung der Zinsnechschtschaft“ gesenkt werden. Und unsere Genossen wollen die Nazis nicht hindern, die Zinsnechschtschaft zu brechen. Da sich der „Kommunist“ Brodka auch bei dieser Gelegenheit in seiner widerlichen Art bemerkbar machte, erinnerte ihn Genosse Darj an seine nazistische Vergangenheit. In der Orgelei und im Stahlhelm war er heimisch. Seiner ganzen Bifage und seinem Auftreten nach ist Brodka auch bis heute noch ein rechter Nazi geblieben. Eine etwas peinliche Feststellung. Praktisch geworden ist in den Ausschußberatungen und gestern im Plenum die Bildung eines Häufefonds, die dem Magistrat empfohlen wird.

#### Die Sitzung eröffnete Vorsteher Dr. Friedrich kurz nach 17 Uhr mit der Einführung des Stadts. Brand, der für den ausgehiebenern deutschnationalen Herrn Kubel nachrückte. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der

#### Beratung kleiner Vorlagen

und beschloß unter anderem: die Anschaffung von zwei Krankenanlagen für die Hauptwerkstatt der Straßenbahn, die Pflasterung der verlängerten Offenstraße, die Verlängerung der Gas- und Wasserleitungen in die Kriegsveteranenfriedhofstraße, die Gewährung einer Beihilfe an das meteorologische Observatorium, den Einbau einer Wasserhauptleitung in der Georgenstraße, eine Nachtherabsetzung für die Vordermühle von 25 000 auf 20 000 M. Wiederaufbau des abgebrannten Jungviehstalles in Wüstendorf, die Anschaffung eines Operationstisches für die chirurgische Abteilung des Krankenhauses Allerheiligen und den Ausfall der Stadtverordnetenitzungen in den Monaten Juli und August. Bei einem Antrage des Magistrats, der die Einführung eines Gas-Grundgebührenrenten für Haushaltungen und gewerbliche Betriebe empfiehlt, stellte der Berichterstatter, Stadts. Dite (Soz.) fest, daß die verschiedenen Gasverbilligungen für Haushaltungen in größerer Zahl in Anspruch genommen worden sind, daß aber die neue Vorlage noch einer Nachprüfung bedürfe, die im Ausschuß erfolgen könne. Die Versammlung verwies daher diese Frage nochmals in den Ausschuß VIII.

Zu dem Antrage, die Betriebs- und Wirtschaftsführung des Krankenhauses Allerheiligen, des Wenzel-Handls Krankenhauses und der Heilstätte Herraprosch einer Prüfung zu unterziehen, empfahl der Ausschuß VI, bei den Prüfungen auch die Arbeitnehmervertretungen und gewählte Vertreter der Patienten hinzuzuziehen. Stadts. Ihum (Deutschnat.) fühlte sich sofort bemüht, gegen diesen Antrag Sturm zu laufen und Stadts. Blank (Soz.) mußte ihn erst darauf hinweisen, daß es sich doch immerhin dreiseitig auswirken könnte, wollte man nur die Betriebsleitungen hören. Der Antrag wurde in der vorgelegten Fassung angenommen.

Ein Glanzstück besonderer Art leisteten sich SPD. und SAP. bei einer Vorlage, mit der der Magistrat die Bebauung einer der Stadt von dem Rittergutsbesitzer Schottländer geschenkten Parzelle in Hartlieb zu beschließen bat. Die Schenkung ist nur unter der Bedingung erfolgt, daß Kleinwohnungen auf dem Grundstück erstellt werden. Sofort marschierte Stadts. Jzlla (APD.) auf, wies darauf hin, daß eine Anzahl Familien in Krieten vor der Ermitterung stehen, weil ihre Wohnungen baulich fertig sind und beantragte, daß diese Familien in die zu errichtenden Wohnungen kommen und die Mieten auf 10 Proz. des Einkommens der betreffenden Familien festgesetzt werden müßten.

Die Vertreter der SAP. hoben sofort die Hände, als der Vorsteher die Unterstüßungsfrage für diesen Antrag stellte. Im nächsten Augenblick erklärte der Redner der SAP., der die Vorlage als Berichterstatter vertrat, daß der Antrag die Unterstüßung der SAP. nicht finden könne, weil er sich zu einer Ungerechtigkeit auswirken müßte. Der Antrag brauchte nicht zur Abstimmung kommen, da er die zur Einbringung erforderliche Unterstüßung nicht fand. Die SAP. kam daher nicht in die Beratsung, einen von ihr selbst als unständig bezeichneten Antrag abzulehnen, nachdem sie ihn zur Einbringung unterstützte hatte.

#### Um Pflichtarbeit und Unterstüßungskürzungen

Zu einer großen Debatte kam es bei den vorgelagerten Vorlagen über die Abschaffung der Pflichtarbeit und Rückgängigmachung der Unterstüßungskürzungen, die im Februar zum Teil beschloßen, zum Teil in den Ausschuß überwiesen worden waren und nun

mit dem Gutachten des Ausschusses und der Beschlußfassung des Magistrats erneut zur Beratung kamen.

Nach langer Aussprache wurden die von SPD. und SAP. gestellten Anträge mit Stimmgleichheit abgelehnt, da der deutschnationalen Vorsteher für die Pflichtarbeit stimmte. Die diversen radikalten Herrschaften haben damit wieder einmal ein Schulbeispiel ihrer „Klassenkampfpolitik“ vorgelegt bekommen, über daß sie vor ihren Anhängern selber nicht sehr große Töne anschlagen werden, denn sie haben durch ihre Stellungnahme den Vorstehenden wählen lassen - id die Pflicht- und Zürlorgearbeiter, die da glauben, „on den Radikalismus besonders gut vertreten zu sein, erhalten jetzt einmal vorgeführt, wie die Schreier, die auf der einen Seite endlose Reden für die Interessen der Armen, halten, durch ihre Taten auf der anderen Seite ihre eigenen Forderungen wieder illusorisch machen.

Stadts. Hübner (Zentr.) berichtete, daß der Magistrat beschloßen hat, vom Regierungspräsidenten die Rückgängigmachung der Richtjahrentamts nicht zu fordern. Ueber die Ausschußberatungen berichtete Stadts. Otto (Soz.) und empfahl die Annahme aller der sehr herabsetzten Anträge, mit denen verlangt wurde, die Zürlorgearbeit nach dem Gemeindearbeiterlari zu bezahlen und die Pflichtarbeit abzuschaffen, je aber bis zur Abschaffung mit 20 Pfennigen für die Stunde zu zahlen. Der SAP.-Redner warf dem Magistrat Leichtfertigkeit vor und erhob schärfsten Protest gegen eine derartige Behandlung, während Stadts. Jzlla (APD.) die übliche Schreie gegen die Sozialdemokratie vom Stapel ließ und zum Schluß in echt kommunistischer Drahtierhermanier erklärte, nun den Erwerbslosen sagen zu wollen, daß sie sich etwas holen sollen, wo noch etwas zu holen ist.

Stadts. Frau Wittner (Soz.) wandte sich gegen verschiedene Methoden des Wohlfahrtsamtes und kritisierte vor allem die Anrechnung des vollen Arbeitsverdienstes der Ehefrauen auf die Unterstüßungen ihrer Männer. Mit dieser Art von Anrechnung werde jeglicher Arbeitswille totgeschlagen. Auch die ganz schematische Anwendung der Notgemeinschaftsbestimmungen bringe Härten mit, die dazu führten, daß manche alleinstehende Wohlfahrtsarbeiterinnen, die irgendwo bei weitaufjigen Verwandten ein Unterkommen finden, so in ihrer Unterstüßung gekürzt werden, daß ihr Einkommen gerade noch zur Bezahlung der Miete reicht. Wenn solche Arbeitslose dann entkäftet zusammenbrechen und ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen, werden diese Unterstüßungsberechtigten sicher nicht billiger für die Stadt.

Mit besonderen Frechheiten glaubte der neue kommunistische Stadts. Brodke aufwarten zu können. Seine gegen die Sozialdemokratie vorgebrachten Gemeinheiten wurden mit einem Zwischenruf des sozialdemokratischen Fraktionsführers, Stadts. Karl Reich, ins rechte Licht gerückt, als er ihm zurief: „Wenn wir nicht da wären, hätten sie längst nichts mehr zu sagen!“

Stadts. Tisch (Soz.) antwortete dem großklappigen Brodke und sagte ihm, er solle auf seinem peinlichen „Preis“rednerplatz an das Schicksal seiner diversen Vorderleute denken, damit er nicht in die Lage kommt, bald einmal seine Abhalterung erleben zu müssen, wie sie seine Vorgänger Reich, Keimann usw. erlebten. Zur Sache wiederholte auch Stadts. Tisch die Forderung, nicht bloß das Schema anzuzuwenden, sondern doch auch nach Möglichkeit individuelle Arbeit zu leisten. Wenn die Nazis als sogenannte „Arbeiterpartei“ zu diesen Dingen nichts zu sagen hätten, so liege das sicher daran, weil sie sich sonst vielleicht gegen manche Beamte wenden müßten, die inzwischen in ihrem Lager gefandet sind und das wollen die nazistischen Stadtverordneten sicher vermeiden.

Stadts. Hübner (Ztr.) rechnete im Schlußwort ebenfalls

gehörig mit der verbrecherischen Demagogie der Kommunisten ab, die ihre Anhänger zu strafbaren Handlungen aufheken, um selber dabei im Hintergrunde zu bleiben. Bei der Abstimmung über die Anträge zur Zürlorge- und Pflichtarbeit ergab sich, wie erwähnt, Stimmgleichheit. Der deutschnationalen Vorsteher Dr. Friedrich erklärte, daß die Anträge abgelehnt sind, worauf er zum Ausdruck brachte, daß er selbst gegen die Anträge gestimmt hat.

#### Die Siedlungsmieten

Eine ebenfalls sehr ausgiebige Debatte entwickelte sich bei der Erledigung der im März gestellten kommunistischen Anträge über die Siedlungsmieten, die damals ebenfalls in zwei Ausschüsse verwiesen wurden. Da die Ausschüsse die Annahme der für die Stadt undurchführbaren Anträge empfahlen, nahm Stadts. Darj (Soz.) Gelegenheit, zu erklären, weshalb die sozialdemokratische Fraktion trotzdem für die Anträge eintrete. Sie wolle damit die Bahn einmal freimachen lassen für die „Bremung der Zinsnechschtschaft“, die es ja nach Meinung der Nazis bestimmt ermöglichen werde, Mietsenkungen im Ausmaß der kommunistischen Forderungen durchzuführen. Da Brodke den sozialdemokratischen Redner fortgesetzt durch Zwischenrufe zu stören versuchte, rief ihn der Stadts. Darj zu, er solle nur nicht so vorlaut sein, damit auf seine sehr bewegte politische Vergangenheit nicht einmal näher eingegangen werden braucht, zumal er äußerlich sowieso einem Nazi am ähnlichste seihe.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer, Stadts. Karl Reich sprah sich über die Haltung des Neumieterverschandes zu diesen Fragen aus, der sehr genau wisse, was für das gemeinnützige Bauen auf dem Spiele stehe und daß es sinnlos wäre, mit einem Mieterschutz zu drohen, Eine summarierte Behandlung, wie sie in dem Antrage der SPD. nur für die Siedlungsgefellschafft gefordert werde, müßte eine einzige Ungerechtigkeit für alle anderen Neumieterversucher werden. Die Sozialdemokratie Stimme nur deshalb für die Anträge, um einmal zu sehen, was die Kommunisten und die Nazis nachher sagen werden.

Sogar ein Nazimann schwang sich auf, um einmal etwas sagen zu wollen. Er setzte sich aber schnell wieder, nachdem ihn der deutschnationalen Vorsteher darüber belehrt hatte, daß er Anträge schriftlich formulieren müsse.

Im Schlußwort stellte Stadts. Darj nochmals fest, daß es schon Siedlungen gab, ehe eine kommunistische Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzt war. Das sei immerhin ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie Mieter- und Siedlungsfragen zu vertreten versteht. Und daß sich die Sozialdemokratie für Siedlungsfragen sehr lebhaft interessiert, das erweise sich aus der aus eigener Kraft geschaffenen Neulandsiedlung, während man von einer Siedlungspraxis der Kommunisten bisher nichts gesehen und gehört hat.

Bei der Abstimmung wurde der ganze kommunistische Antrag mit 40 Stimmen der Bürgerlichen gegen 39 Stimmen der Nazis abgelehnt. Ein Sappler war vor der Abstimmung verschwunden. Dadurch erreichte man, daß sich die Stimmgleichheit nicht noch einmal wiederholte.

Der Ausschußantrag, den Magistrat zu erwählen:

Mittel bereitzustellen für einen Häufefonds für vorübergehend zahlungsunfähige, sowie zur Umfiedlung bereite Mieter, die Siedlungsgefellschafft zu veranlassen, ihre Verfüßung über die Umfiedlung zurückzunehmen; unverzüglich die verlorenen Sautlostenzuschüsse zurückzuzahlen und alle bis zum Dezember 1932 erhobenen Verwaltungskosten in Mietsicherheiten anzuwandeln,

wurde mit 40 gegen 39 Stimmen angenommen.

Mit dieser Abstimmung wurde die öffentliche Sitzung gegen 20 1/2 Uhr geschlossen, der noch eine kurze geheime Sitzung folgte.

## Das Grünbuch der Not

### Bahnen aus dem neuen Haushaltplan

Der diesjährige Etat der Stadt Breslau ist nunmehr vom Magistrat Breslau fertiggestellt und wird jetzt den Stadtverordneten vorgelesen. Sein Hauptmerkmal ist ein offenes Loch von 34 Millionen,

hervorgehoben durch die riesigen Ausgaben für die ausgesetzten Erwerbslosen. Man rechnet, daß Reich und Staat wie im Vorjahre einspringen werden, um diesen Fehlbetrag wenigstens zum größten Teile zu decken. Bekanntlich wies der vorjährige Etat bereits ein ähnliches, nur mit Reichs- und Staatshilfe zu bedeckendes Defizit auf, das auf 12 Millionen errechnet, aber mit der wachsenden Arbeitslosigkeit auf 18 Millionen anwuchs. In welchem Umfange die Stadt Breslau durch die Erwerbslosigkeit belastet wird, läßt sich daraus erkennen, daß am 27. April 17 177 Wohlfahrtsarbeitslose vorhanden waren, die ausschließlich von der Stadt ihre Unterstüßung erhalten. Dazu kommen 19 096 Arbeitslosenunterstützte, zu deren Unterstüßung die Stadt ein Sechstel beizutragen hat. Neben diesen Riesenziffern verschwinden beinahe die 14 300 Erwerbslosen mit Arbeitslosenunterstützung vom Arbeitsamt. Mit der Dauer der Erwerbslosigkeit fallen die Erwerbslosen in immer größerer Zahl vollkommen der Stadt zur Last. Der ganze Etat der Stadt besteht fast nur noch aus Haut und Knochen. Wir kommen darauf noch näher zurück. Für heute geben wir nachstehend einzelne Angaben des Magistrats Raum.

Waren schon die Haushaltspläne der letzten Rechnungsjahre vom Magistrat mit äußerster Sparfamkeit aufgestellt und war diese Sparfamkeit auch von allen Sachverständigen anerkannt worden, so hat es der Magistrat vermocht, im Haushaltsplan für 1932 noch weitere sehr erhebliche Abstriche vorzunehmen. Es geht

das u. a. daraus hervor, daß die Gesamtausgaben im Bruttohaushalt ohne die Kosten des Wohlfahrtsamtes und der Erwerbslosenfürsorge nach dem Haushaltsplan für 1930 103,5 Millionen RM., dem Haushaltsplan für 1931 88,8 Millionen RM. betragen haben und daß hierfür in den Haushaltsplan für 1932 nur 75,7 Millionen RM. eingesetzt worden sind. Es liegt mithin für das Jahr 1932 gegenüber 1931 ein Rückgang von rund 15 Prozent, gegenüber 1930 ein solcher von 27 Prozent vor. Im einzelnen sei auf folgendes hingewiesen:

#### Die Gesamtausgaben für Bescholdungen

(umfassend die Gehälter für Beamte und Angestellte und Löhne der Rathausinspektion), haben sich mit 18,5 Millionen RM. gegenüber 1931 um 3,9 Millionen RM., gegenüber 1930 sogar um 6,7 Millionen RM. vermindert. Das kommt einer Verringerung der Ausgaben im Jahre 1932 gegenüber 1930 um 36 Prozent gleich. Die Ersparnisse auf dem personellen Gebiet hätten im übrigen einen noch höheren Betrag ergeben, wenn sich nicht die Notwendigkeit herausgestellt hätte, zur Bearbeitung der immer größeren Umfang annehmenden Wohlfahrtsachen Angestellte in größerer Zahl zu beschäftigen.

#### Bei der Bauverwaltung

sind die planmäßigen Ausgaben gegenüber 1930 um 23 Prozent gekürzt worden. Es sind für 1932 4,1 Millionen RM. vorgezogen gegenüber 5,3 Millionen RM. im Rechnungsjahre 1930 und 4,7 Millionen RM. im Jahre 1931.

#### Bei der Straßenbeleuchtung

ist die Zahl der Gaslaternen gegenüber 1931 von 7500 auf 4200 und die Zahl der elektrischen Lampen von 3700 auf 2968 herabgesetzt worden. Der Rufus beträgt 1 318 000 RM. und damit 201 000 RM. weniger als im Jahre 1931.

#### Bei der Säuberungsverwaltung

ist der Gesamtzuschuß gegenüber 1930 um 36 Prozent vermindert worden. Die Einsparung beruht hauptsächlich auf der Kürzung

der persönlichen Ausgaben und auf der Verzinsung des 3481 der Lehrstellen. Der Betrag der Gesamtschulden für 1932 22 Millionen RM. und damit 2,8 Millionen RM. weniger als 1931 und um 5,1 Millionen RM. weniger als im Jahre 1930. Gegenüber diesen Erparnissen tritt die Mehrbelastung des Abganges

**Wohlfahrtspflege**  
im Haushaltsplan für 1932 besonders hoch in Erscheinung. Der Zuschussbedarf ist von 44,6 Millionen RM. im Jahre 1930 auf 50,8 Millionen RM. im Jahre 1931 auf 53,3 Millionen RM. gestiegen. Mitbin entfallen, da der Gesamtzuschussbedarf des Stadthaushalts für 1932 83 Millionen RM. beträgt, auf den Abschnitt Wohlfahrtspflege allein 33 Prozent dieses Betrages. Der Haushaltsplan Erwerbslosenfürsorge schließt mit einem Zuschuss von 37.544.000 RM. ab. Er ist um 7.418.000 RM. höher als im Jahre 1931.

**Die Einnahmeseite des Haushaltsplans**  
weist sowohl bei den Einnahmen aus den Ueberjuchsbetrieben (Werke, Straßenbahn und Viehhof), wie bei den Steuern sehr erhebliche Ausfälle auf. Es hat nicht ausbleiben können, daß bei der allgemeinen Wirtschaftskrise der Verbrauch an den Erzeugnissen der Werke und die Benutzung der städtischen Straßenbahn sehr erheblich zurückgegangen ist. Ebenso konnten Ueberjuchsbetriebe die Erträge aus den Steuern im neuen Haushaltsplan nur in erheblich geringeren Beträgen eingestellt werden. Die Verminderung der Einnahmen aus den gesamten Steuern beträgt 10,7 Millionen RM. gegenüber 1931; die Einnahmen sind von 57,7 Millionen RM. im Jahre 1930 und noch 57,2 Millionen RM. im Jahre 1931 auf 46,5 Millionen RM. gesunken. An der Mindereinnahme von 10,7 Millionen RM. sind die Einkommen- und Körperschaftsteuern am härtesten beteiligt, und zwar sind die Uebererhebungen von 10.475.000 RM. um 4.495.000 RM. auf 6.040.000 RM. gesunken.

### Flucht aus dem Leben

Im Schöneberger Park fanden am Dienstag früh Positionen die Leiche eines Postbeamten, der sich an einem Baume erhängt hatte. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 53-jährigen Oberpostsekretär A. aus der Gräbener Straße handelt, der beim Postamt II als Schalterbeamter tätig war und gegen den eine Untersuchung wegen einer noch aufzuklärenden Verfehlung eingeleitet war.  
Auf die gleiche Art hat auch der in der Auguststraße wohnende 33-jährige Kraftwagenführer K. freiwillig mit dem Leben abgeschlossen. Er wurde in der vergangenen Nacht erhängt am Eichendorffplatz gefunden.  
Dienstag nachmittag wurde an der Oswitzer Ueber- fahre die Leiche eines jungen Mannes aus der Ober geborgen. Die Polizei konnte die Identität des Toten bald ermitteln. Es handelt sich um den seit dem 13. April verhafteten Kaufmannslehrling P. aus der Schöneberger Straße, der aus noch unbekanntem Grund Selbstmord verübt hat, indem er sich in die Ober stürzte.  
Wenige Stunden vorher wurde auch an der Sandhölzle eine im Wasser schwimmende Leiche bemerkt, die bald geborgen werden konnte. Der Tote konnte von der Polizei als der 24-jährige Kantlehrling St. aus der Kirchallee retrospektiv werden, der offenbar aus Notlinderung den Tod im Wasser gesucht hat und ebenfalls seit Anfang April vermißt wurde.  
Schließlich wurde am Dienstag nachmittag an der Pöb- brücke die Leiche eines Mannes im Alter von 30 bis 40 Jahren aus der Ober geborgen, dessen Identität bisher nicht ermittelt werden konnte. Der Tote war mit blauem Jackett, langer Hose, grauem Pullover, rotblauem Ueberzieher, grauem Filzhut und schwarzen Halbschuhen bekleidet und hat auf dem Nasenrücken eine Narbe.

### Sapler demonstrieren gegen die Polizei und Kommunisten

Durch ihre diskriminierendes und provokierendes Verhalten am vergangenen Sonntag sind die Sapler mit der Polizei zusammengewandert, wobei auch einige ihrer Führer von Polizeimüßeln zu Spüren bekamen. Obgleich es bloß ihrer kleinen Gruppe zu gung und selbst die Kommunisten von der Polizei in Ruhe gelassen wurden, machten sie aus dieser Angelegenheit aus recht begreiflichen Gründen eine großartige Aktion. Wer am Montag die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ las, mußte annehmen, daß die gesamte Maidemonstration von den „Severing-Kojoten“ ausgebaut worden war, man vergißt ja gar in diesem Tage von den großartig verlaufenden Märschen in anderen Städten — wo es wohlgerichtet diese kuriose Angelegenheit der SAP, schon lange nicht mehr gibt — zu berichten.  
Gestern Abend fand nun im Schöneberger die große Protestversammlung gegen die Polizei statt, bei der die Kommunisten, um wieder einmal die „Einheitsfront“ dieser Leiden Parteien zu demonstrieren, nicht fehlten. Es ist nicht leicht in seinen Ausführungen noch daran zu glauben, da er sehr stark mit den Kommunisten liebte, es über nicht verhindern konnte, daß die Kommunisten in sehr deutlicher Weise gegen die Sapler und ihre Politik demonstrieren und zu diesem Zweck gleich ein Flugblatt in dieser Angelegenheit verteilten, das sich ausschließlich gegen die Sapler richtete. Dann lobte Cästerin, sich beinahe selbst verkleinert, gegen die Polizei, und wäre nicht die Versammlung weit vernünftiger als er gewesen, so hätte sie noch feinerer Mahnungen nur gegen die anwesende Polizei losgehen müssen.  
Eine Diskussion war nicht angefallen, es war also auch eine „Rundgebung“, die, wenn sie bei uns in ersten Reihen gemacht wird, von dieser Seite als „Kampfschau“ oder einer anderen „Meinung“ angesehen wird.

### Erholungsfürsorgemaßnahmen des Städtischen Jugendamtes

Das Breslauer Städtische Jugendamt wird auch in diesem Jahre in seinen Anhalten eine Reihe von Erholungsfürsorgemaßnahmen durchführen. Im einzelnen ist dabei folgende zu erwähnen:  
Im Amulatorium Sonnenland, Vorderbleiche 3 (ganzjährig geöffnet, Betriebszeit werktags, außer Sonntags von 8-17 Uhr, Sommerzeit von 8-13 Uhr). Regelmäßige Behandlung chirurgisch tuberkulöser, tuberkulosegeschädigter und rheumatischer Kinder im Alter von 3-11 Jahren, verbunden mit Hefeuren, geeigneter und ausreichender Ernährung, Höhenkuren, Bäder, geeigneter geistiger Übungen in Luft und Sonne unter Aufsicht geübter Ärzte, Schulaufsicht in beschränktem Umfang.  
In den Licht, Luft- und Sonnenbädern Vorderbleiche 3, Schatzstraße 40 und Scheitring (geöffnet von Anfang Juni bis Mitte September, Betriebszeit werktags von 8-17 Uhr für Kleinkinder, von 12-18 Uhr für Schulkinder, zur Zeit der großen Ferien von 8-17 Uhr für Klein- und Schulkinder). Regelmäßige Licht, Vegetarier, gleichfalls geeignete und ausreichende Ernährung, gymnasische Übungen in Luft und Sonne unter Aufsicht geübter Ärzte. Weit entfernt wohnende Kinder werden von der Möglichkeit im Sammelwagen und in Begleitung von pädagogischen Kräften von und zur Anlage befördert.  
Aufnahme in die geriatrischen Anhalten finden nur Kinder, die dem Städtischen Jugendamt von den Eltern nachbestimmt werden sind. Empfängerische Maßnahmen sind im Jugendamt Altkinder, Volkshaus, 44, zu haben. Die Eltern müssen je nach Umständen die Kosten der Erholungsfürsorge anteilig der Elternbeiträge für die Betreuung ihrer Kinder übernehmen. Die Selbstkosten betragen für den Tag und das Kind im Amulatorium Sonnenland 1,00 RM. in den Licht, Luft- und Sonnenbädern 1,00 RM. bei Halbtagsbetreuung 2,25 RM.

**Reichsbannerkonraden!**  
Mit der Zeit im „Schöneberger“ Häftlingsleben

**Möglicher Tod**  
Im Polizeipräsidium wurde gestern mittag der 21-jährige Kaufmannslehrling Manfred S. aus der Kreuzstraße plötzlich vom Tode überfallen, als er im Korridor der Verkehrsabteilung auf seine Abfertigung wartete. Er brach zusammen und ehe der zu Hilfe geholte Polizeiarzt zur Stelle war, trat der durch einen Herzschlag herbeigeführte Tod ein.  
**Beim Ballspiel überfahren**  
In der Goethestraße wurde gestern nachmittag der 7-jährige Schüler Wolfgang Lehmann, der mit andern Kindern auf dem Bahndamm mit einem Ball spielte, von einem Auto umgefahren, als er dicht vor dem Auto gestürzt war und der Chauffeur sein Fahrzeug nicht mehr zum Stehen bringen konnte. Dem Knaben wurde das Hinterrad des Lieferwagens über den Kopf. Mit einem Schädelbruch wurde er bewußtlos in das Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft werden.

### Morgen Steherrennen in Grünsiche

Die am kommenden Donnerstag, den 5. Mai, auf der Grün- eicher Sommerbahn stattfindenden großen Grünsicher Rennen hinter Motorführung um den „Großen Frühjahrspreis“ über 75 Kilometer in drei Läufen haben eine gute Belegung erhalten. Als Vertreter Frankreichs erscheint der Pariser Henri Breau hinter dem deutschen Schrittmacher Hörtrich am Ablauf. Breau, der noch immer zur internationalen Weltklasse gehört, befindet sich augenblicklich wieder in aufsteigender Form, da er seine schweren Sturzverletzungen vom Vorjahre nunmehr völlig überwunden hat. Der Franzose, der schon ein paarmal den Titel des französischen Stehermeisters errang, und vor zwei Jahren zweiter hinter Sawall in der Weltmeisterschaft wurde, ist in dem jüngeren sein zu unterschätzender Gegner. Deutschmeisters tritt ihm als Fahrer der Extraklasse der Leipziger Hermann Hille entgegen. Hille, der in diesem Frühjahr schon wiederholt Müller, Sawall und Kremer besiegen konnte, startet mit dem Breslauer Facemaster Karl Schubert. Eine wertvolle Bereicherung des Dauerfahrlagers bedeutet der Uebertritt von Oskar Tich zu den „Selben der Sturz- kappe“. Der Berliner, der sich dem französischen Führer Requis verschrieben hat, wird sicher alles daransehen, um bei seinem ersten diesjährigen Start hinter der Rolle gut abzuschneiden, was man bei dem ehedemigen Tich wohl mit Bestimmtheit voraussetzen darf. Eine weitere interessante Note ist der Deutschlandbrundstahrsieger Erich Mehe e. Der Vorimrunder hat in dieser Saison schon gezeigt, daß er auch als Steher seinen Weg machen wird, er hat sich der Führung durch den mehrmaligen deutschen Stehermeister Karl Salbow anvertraut.  
Als fünfter Teilnehmer ist der Breslauer Fritz Bruch zu nennen. Bruch hat in den letzten Tagen auf dem Grünsicher Zement hinter Paul Thomas beachtliche Kundenzeiten erzielt, so daß man wohl sagen kann, daß er auch im Steherport eine große Zukunft vor sich hat.  
Besonders sei darauf hingewiesen, daß die Eintrittspreise so gehalten sind, daß sich jeder den Besuch der Premiere leisten kann, denn schon für 80 Pf. bekommt man einen guten Stehplatz, während ein Tribünen-Sitzplatz schon für 1,50 Mark erhältlich ist. Der Beginn der Rennen ist auf 15 Uhr festgelegt.

## Prozesse um das tägliche Brot

**Prozess um eine Parteipaltung**  
Wir berichteten kürzlich von einer Arbeitsgerichtsverhandlung, in der zwei zur Stennes-Gruppe übergegangene Angestellte der Nazi-partei ihre Gehälter für den Ablauf der Ründigungsfrist die nicht eingehalten worden war, einklagten. In einer zweiten Verhandlung trat nunmehr Razi-Kremier auf, der vor der Stennes-Revolle Führer der schließlichen SA gewesen war. Er war es auch gewesen, der die beiden Kläger eingestellt hatte. Er erklärte auf die Fragen des Vorsitzenden, daß die Nazi-partei doch das „System“ bekämpfte, und es darum (dunkel, oh Herr, ist dieser Rede Zusammenhang) nicht für nötig hielt, schriftliche Arbeitsverträge auszustellen. Zudem sei ein abgegebenes Wort bindend und verpflichtete beide Teile.  
Die ASDAP, durch ihren Geschäftsführer Beder vertreten, lehnte ihrerseits die Ansprüche der Kläger ab, da diese ja ihre Stellung durch Parteijahrgänge verwirft hätten und die irrtümliche Lösung der Dienstverträge daher gerechtfertigt sei. Das Arbeitsgericht verurteilte die ASDAP lediglich zur Zahlung von 20 Mark für den einen und von 11 Mark für den anderen Kläger, die sie für zwei geforderte Arbeitstage noch zu bean- spruchen hatten, lehnte aber die weitergehenden Ansprüche ab, da die Kläger aus der Nazi-partei austraten und daher mit Recht von der Organisation irrtümlich entlassen worden seien.

**Der die Invalidenrente**  
Die Hausangestellte S. bekam bei den Eheleuten W. über zwei Monate hindurch keinen Barlohn mehr ausgezahlt und hatte deshalb diese Stellung am 15. Februar verlassen. Bei ihrem Weggang stellten die Arbeitgeber ihr nur ein Zeugnis aus, gaben jedoch die Invalidenrente und das dazugehörige Sammelbuch nicht zurück. Die Angestellte erlitt dadurch Einbußen bei der Erwerbslosenunterstützung und mußte überdies feststellen, daß die in Frage kommenden Invalidenrenten gar nicht geklärt worden waren.  
So traf man sich denn auf dem Arbeitsgericht wieder, wo die Angestellte nicht nur den Lohnrest und die entgangene Unter- stützung, sondern auch die Erstattung der nicht gekläerten In-



**Nicht in die Gruhe, in Deinem Schatten steht der Dieb! Dein Geld ist sicher in jeder Weise**  
allgemeines Sparkasse zu Breslau

## Sozialdemokratische Partei

Generalsekretariat, Zimmer 207-210  
Telefon Nummern 5000 - 5001  
Sitzungsausschuss von 2-3 und 4-5 Uhr  
Montag, den 5. Mai, finden in allen Abteilungen der Stadt, Groß-Breslauer Abteilungsversammlungen statt.  
Die eingeladenen Teile betreffen Bezirksversammlungen, ein Zeit und Beside sind sofort dem Parteisekretariat zu melden.  
Bezirk 18. Donnerstag (Himmelfahrt) Malausflug nach den Bischen Sandgruben. Treffpunkt früh 8.30 Uhr Reibensburger Platz.  
Bezirk 48. Mittwoch, 4. Mai, 10 Uhr. Funktionärsversammlung bei Genuß 6 Uhr, Klein-Spählich.  
Sozialistische Studentenschaft  
In unserem Heim Karadestraße 17 spricht heute 20 Uhr Genosse Walter K. R. o. d. über „Grundbegriffe und Probleme der Arbeiterbildung“. Gäste willkommen.  
Sozialistische Arbeiterjugend  
Heim 1. Donnerstag 8 Uhr an der Hindenburgstraße zur Tagesfeier.  
Heim 7 (Gründungsplatz). Unsere Klubmitgliede sollen heute aus der- teuffen wir uns Donnerstag früh 6 Uhr am eleganten (Schöneberger, die Kl. Kraß). Wir gehen auf Fahrt. Bei schlechtem Wetter sind wir abends im Club Gemeindefest zum mehrlägig.  
Heim 9. Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr an der Kirche.

**Freiwerterjugend**  
Gruppe 6347. Heute 20 Uhr im Arbeiterheim Steinhäuser Straße. Zusammenschluß der Arbeitsgemeinschaft. Thema: Sozialistischer Kampf über Unter- gang in die Barbarei.  
**Musikalische Jugend**  
Donnerstag um 10 1/2 Uhr am Weichpart, Solener, Ode Weichpartstraße, in Neustadt nach Sanberg.

**Arbeitsgemeinschaft der ArbeiterInnenfreunde Breslau**  
Gesang-Verband. Heute Mittwoch 20.30 Uhr. wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus.  
Abteilung 6. Treffen zur Helferzeit nach Masselwitz heute 17 Uhr. Endstation der Linie 6 in Schmiebedel.  
Abteilung 8. Heute findet Fahrt mit SW. nach den Kamischauer Gärten. Treffpunkt Donnerstag früh 7 Uhr an der Kirche.  
Abteilung 9 (Dierzon). Heute allen Jungen zur Probe in die Schule. Morgen alle Jungfrauen um 1/2 Uhr an der Schule zur Fahrt nach Wilschitz.  
Abteilung 12 (Sunelise). Himmelfahrt früh 7 Uhr Jung und Mädchenfahrt. Freitag Neustadt.

**Reichsbanner Schwarzrot-Gold**  
Die Beratung des Reichsbanner Komitees vom Sonntag (Abteilung 18) findet Donnerstag 11 Uhr vormittags in Cafe (Schöneberger Platz) statt. Die Frauen und Kameraden sämtlicher Bannere treffen sich um 10.30 Uhr am Eingang zum Gebäude.  
Abteilung 12. Sonntag 20.30 Uhr findet bei Geibel in Rahmow unsere Abteilungsversammlung statt. Einmalige Kameraden haben an dieser Versammlung teilzunehmen. Angehörige und Mitglieder der Oberen Front können an der Versammlung teilnehmen.  
Kadetten der Bannere Breslau und Tschisch. Die Kadetten treffen Sonntag 10.45 Uhr vor dem Hotel Wöber in Tschisch.  
Spielplatz-Mitgliederversammlung. Freitag, 6. Mai, 19.30 Uhr. Neben in der Kuchelstraße.  
Spielgruppe. Unsere nächste Probe ist Donnerstag, den 12. Mai, 20 Uhr, im Jugendheim.  
Jugendbühne (Blum). Morgen (Himmelfahrt) früh 1/2 Uhr treffen sich alle Kameraden mit Fahrrad zur Fahrt nach dem Zettelbusch. Verpflegung und Zeitbahnen mitbringen.

### Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

validenmarken forderte. Sie erhielt schließlich, einschließlich einer Jahrentstündigung, im Vergleichsweg 118 Mark zugewiesen, wobei sich die Familie W. außerdem verpflichten mußte — in Ratenzahlungen — die fehlenden Sozialdenmarken nachzuliefern und die Rente auszufolgen.

### Begen Schadenfeuer entlassen

Der ehemalige Schiffstimmer Rn. war früher als Fleischermeister in der Kriegerstraße 22, zuletzt als Geschäftsführer in der Matthias-Rino tätig. Im Februar wurde er gefänglich genommen, als kurz darauf in dem Kino ein Brand ausbrach, nachdem die Kosmos-Theaterbetriebe einen Raubakt an und wandelten die Ründigung in eine irrtümliche Entlassung um.  
Rn. klagte deshalb ein Monatsgehalt in der fürstlichen Höhe von 122 Mark ein, da er mit dem Brand nichts zu tun gehabt habe. Da weder das Sitaperfahren belastende Momente ergab, noch die Versicherung Regressansprüche gegen Rn. geltend gemacht habe, verurteilte das Arbeitsgericht die Kosmos-Theaterbetriebe zur Zahlung des eingeklagten Monatsgehalts bis Ablauf der Ründigungsfrist.

### Breslau muß eine Rente zahlen

Der Ugang der Angeklagten des Wohlfahrtsamtes mit der Wohlfahrtserversuchen stellt hohe Ansprüche an die Karrenten- da die Unterstüttungsempfänger begreiflicherweise selbst reich- und leicht gegen die Angeklagten, die ja schließlich keine Schuld an der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise haben, aufgebracht sind.  
Der Angeklagte R. war seit zehn Jahren beim Wohlfahrtsamt auf der Sternschanze beschäftigt, jedoch zum Dezember 1929 gefündigt worden, geriet aber vor Ablauf der Ründigungsfrist mit einem Erwerbslosen in Streit und zog sich dabei, da der Erwerbslose schnell handgreiflich wurde, den Kürzeren. Er bekam ein verdauliches Leiden, das sich bis heute nicht gebessert hat. Nach ärztlichem Gutachten ist er durch dieses Leiden zu 75 Prozent erwerbsunfähig.  
In einer Feststellungsklage wurde die Stadt Breslau im Januar bereits zur Zahlung einer Rente an R. verurteilt, da R. in dem Arbeitsraum keine genügenden Schutzvorrichtungen aufgebracht habe, woraus sich eine Schadenverpflichtung der Gemeinde ergebe. In einem zweiten Verfahren um die Freiklegung der Rente machte R. außerdem noch geltend, daß ausreichende Verhandlungen mit einer hiesigen Firma über eine Anstellung mit 250 Mark Monatsgehalt an dem Vorkill scheiterte.  
Das Arbeitsgericht verurteilte die Stadt Breslau zur Zahlung einer lebenslangen Rente von 125 Mark, durch sämtliche Ansprüche abgegolten werden.

**Schließliches Museum der Bildenden Künste**  
Am Himmelfahrtstage bleibt das Museum geschlossen.  
Wanderfahrt in die Baumhütten des Naturschutzgebietes  
Am Sonntag, dem 8. Mai d. J., veranstaltet der Schöneberger Verkehrs-Verein eine Wanderfahrt in das in voller Blüte stehende Hühner- und Waldgebiet von Obernig-Weinschütz. Der Reiseleiter Herr 7.47 Uhr, Kilometerdauer 7,85 km. Sonntagsfahrt übernig 1,40 Mark. Treffpunkt Bahnhof Obernig. Führung um Obernig und über die Waldhütten nach Krausitz. Sehr interessante Stadtbildung, nachmittags Wanderunterkunft im Waldhütten-Haus, Rückkehr abends (20 Uhr) nach Breslau; etwa 6 Stunden Wanderzeit, an der jederzeit teilzunehmen kann. Bei Regenwetter fällt die Wanderung aus.

**Gewerkschaftslehre - Unterricht**

Nur noch heute und morgen! Die 3 von der Gewerkschaft...  
 In den Hauptstunden Zeit Kampers, Hans Kemp und Adolf Wohl...  
 1. Abt. Montag, den 8. Mai, verschiedene Vorträge...  
 2. Abt. Montag, den 8. Mai, verschiedene Vorträge...  
 3. Abt. Montag, den 8. Mai, verschiedene Vorträge...

**Wo holt sich der Arbeiter Brot und Hilfe?**

**Sprechstunden der Arbeiterwohlfahrt**  
 Abteilung: Haus- und Wochenspiele  
 Ortsauschuss, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 57 786  
 Auskunft über die Vermittlung von Hauspflege  
 täglich von 10-13 Uhr.

Unsere Hauspflegerinnen mit und ohne krankenspielerische  
 Vorbildung, übernehmen, besonders für Kinderbewahranstalten,  
 Familienpflege. Bezahlung nach Vereinbarung.  
 Abteilung: Allgemeine Wohlfahrt

Ortsauschuss, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 57 786  
 Beratung in allen Wohlfahrtsangelegenheiten täglich, außer  
 Freitag und Sonnabend, von 12-14 Uhr. (Vor 12 Uhr kann  
 niemand in die Beratungsstelle hineingelassen werden, ebenso  
 nicht nach 14 Uhr, da vorher und nachher die Räume anderweitig  
 gebraucht werden.)

Rat und Auskunft werden kostenlos durch die Fürsorgerin  
 der Arbeiterwohlfahrt erteilt.  
 Abteilung: Erziehungs- und Jugendberater

Bezirksauschuss, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 54 620  
 Auskünfte in allen Erziehungsfragen an Eltern und die  
 heranwachsende Jugend jeden Mittwoch von 17-19 Uhr.  
 Die Beratungen, für die besonders geschulte Kräfte zur  
 Verfügung stehen, sind kostenlos. Die Unterredungen werden  
 streng vertraulich behandelt.

Abteilung: Fürsorge für Alkoholtrinker  
 Bezirksauschuss, Flurstraße 4, Hof 2, Telefon 546 20  
 Beratung für Alkoholtrinker und deren Angehörige jeden  
 Montag von 17 bis 19 Uhr.  
 Rat und Auskunft wird kostenlos von Mitgliedern des  
 Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes erteilt.

Abteilung: Signalberatungsstelle  
 Bezirksauschuss, Flurstraße 4, Hof, II. Telefon 54 620  
 Ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Ge-  
 schlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwanger-  
 schäfts-Verhütung usw. jeden Dienstag und Donnerstag von  
 18 1/2 bis 20 1/2 Uhr.  
 Die Beratung ist kostenlos. Sie unterliegt der ärztlichen  
 Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Sprechstunde für Erwerbslose  
 Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten  
 erteilt die Erwerbslosenkommission der SPD, Breslau, Gewerkschafts-  
 haus, Zimmer 10. Sprechstunden täglich von 9 bis  
 11 Uhr, außer Sonnabend. Bei Anfragen von auswärts

**Juristische Sprechstunde**  
 findet jede Woche Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 4 Uhr statt.  
 Es wird Rechtsauskunft gegen Vorlegung der Honorar-  
 quittung erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.  
 Schriftliche Anfragen können nur beantwortet werden, wenn  
 Rückporto beiliegt.

**Neuer Straßenbahndirektor**  
 Zum Direktor der städtischen Straßenbahn hat der Regi-  
 strat den Bau Rat Butt gewählt. Butt, der seit dem Jahre 1919

im städtischen Dienste steht, hat seit dem Ausscheiden des früheren  
 Direktors Kellner im Jahre 1930 die Geschäfte des Straßenbahn-  
 direktors vertretungsweise geführt.

Die Künftigen Warmbäder II, Berliner Platz 7, und IV, Friedrichs-  
 Wilhelm-Strasse 101,  
 werden während der Sommermonate vom 2. Mai 1932 ab an  
 den ersten fünf Wochentagen nur nachmittags und zwar Montag  
 bis Donnerstag von 13 bis 19 Uhr, Freitags von 13 bis 20 Uhr,  
 Sonnabends von 8 bis 21 Uhr und Sonntags von 7 bis 11 Uhr  
 geöffnet sein. Der erfahrungsgemäß geringe Besuch dieser beiden  
 Bäder im Sommer bedingte diese Betriebseinschränkung.

**Verkehrsregelung auf dem Hauptbahnhof am Himmelfahrtstag  
 und zu Pfingsten.**  
 Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit:  
 Zur glatten Abwicklung des Verkehrs auf dem Breslauer Haupt-  
 bahnhof muß am 5. Mai und in der Zeit vom 13. bis 18. Mai  
 darauf gehalten werden, daß die ankommenden Reisenden  
 den Bahnhof über die östlichen Treppen durch den östlichen  
 Personentunnel verlassen. Die Maßnahme ist zur schnellen Ab-  
 fertigung der Reisenden notwendig. Das reisende Publikum wird  
 ersucht, den mündlichen Weisungen des Personals Folge zu leisten,  
 damit unliebsame Auseinandersetzungen vermieden werden.

**Ausstellung „Gruppe 1932“**  
 Am Donnerstag, dem 5. Mai, Christi-Himmelfahrt, bleibt die  
 Ausstellung in der Künstlerbundhalle am Christophorplatz ge-  
 schlossen. Die Ausstellung, aus der bisher Werke von J. Wächter,  
 Willi Braun, Prof. Karl Janusch, Thomas Moritz, Georg Kerlich  
 angekauft wurden, ist sonst geöffnet 10-18 Uhr, Sonntags  
 11-14 Uhr.

**Ausfall des Latra-Sonderzuges**  
 Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit:  
 Die für die Tage vom 5. bis 8. Mai angekündigte Sonderfahrt  
 nach der hohen Latra fällt wegen unzureichender Beteiligung  
 aus. Bereits gelöste Fahrkarten werden bei den Ausgabestellen  
 zurückgenommen.

**Die Waffen der Sauberkeit,**  
 Bürste und Eimer, werden in diesen Tagen von einer auffällig  
 lehrmäßigen, blendend weiß gekleideten Männergruppe durch die  
 Straßen der Stadt getragen. Da es sich um die Mi-Männer  
 der bekannten Firma Henkel & Co. handelt, ist es selbstverständ-  
 lich, daß sie zum Ausdruck bringen wollen, Bürste und Eimer  
 allein seien nicht ausreichend, wenn nicht auch ein Waschmittel  
 als Dritter im Bunde aufgenommen wird, und deshalb wird  
 eben diese Truppe für Henkels imi.

**Bermischtes**

**Das Urteil im Kieler Zentralbankprozess**  
 Im Prozess gegen die Direktoren Thode und Janßen  
 von der zusammengebrochenen Zentralbank für Grundbesitz,  
 Handwerk und Handel wurden heute wegen fortgesetzten  
 gemeinschaftlichen Betruges und Untreue, Urkundenfälschung,  
 Vergehens gegen das Depotgesetz und Bilanzverschleierung Thode  
 zu zwei Jahren Gefängnis und 500 RM. Geldstrafe,  
 Janßen zu zwei Jahren neun Monaten Gefängnis  
 und 1500 RM. Geldstrafe verurteilt.

**Vier englische Knaben ertrunken**  
 In Frome (Somerset) sind gestern vier Schulknaben beim  
 Spielen in die durch Regengüsse angeschwollenen Fluten des  
 Frome-Flusses gefallen und ertrunken.

**Brandfeuer in Düsseldorf**

Ein Großfeuer zerstörte gestern nachmittag in einem  
 Wohnhaus auf dem Hohenberg in Düsseldorf das Treppen-  
 haus in den oberen Stockwerken fast völlig. Die Feuerwehr  
 mußte daher die Bewohner des Dachgeschosses über das Dach des  
 Nachbarhauses in Sicherheit bringen. Ein Mann erlitt schwere  
 Brandwunden, und eine Frau hat bei dem Brand den Tod  
 gefunden.

**Ein belgischer Fischkutter von einem deutschen  
 Dampfer überrannt**

Der deutsche Dampfer „Wiedau“ hat am Sonntag morgen  
 in der Nordsee einen belgischen Fischkutter überrannt. Der Kutter  
 ist bei dem Zusammenstoß so schwer beschädigt worden, daß er  
 in kurzer Zeit unterging. Es handelt sich um ein  
 belgisches Fahrzeug, dessen vierköpfige Besatzung von der  
 „Wiedau“ aufgenommen werden konnte. Nachdem man die  
 Besatzung geborgen hatte, wurde die Reise nach Hamburg fort-  
 gesetzt. Die Belagter werden von hier aus in ihre Heimat zurück-  
 befördert. Die Beschädigungen des deutschen Dampfers sind gering.

**Falschgeld in Kopen**

In einer Schnitterfabrik in dem Dorf Kopen bei Rathenow  
 nahm die Polizei eine Durchsuchung vor. Im Gepäc des polnischen  
 Arbeiters Johann Banach wurden Druckapparate für  
 Fehmarktheine und Falschgeld gefunden. Banach  
 wurde festgenommen.

**244 Ingeflagte**

Vom Gericht in Girgenti (Sizilien) wurden 244 Mitglieder  
 einer Mafia zu insgesamt 1200 Jahren Zuchthaus (bei Strafen  
 von 3 bis zu 13 Jahren) verurteilt. Während der jahrzehnten-  
 langen Voruntersuchung sind 8 Angeklagte gestorben.

**Vor dem Devalveprozess**

Am 18. Mai beginnt vor der dritten Strafkammer des  
 Landgerichts I Berlin der Devalveprozess gegen Generaldirektor  
 Zepfel, Pastor Cremer und Genossen, alles deutsche  
 nationale Ehrenmänner. Man rechnet mit einer Prozes-  
 dauer von mehreren Wochen.

**Zuchthausstrafe für Waffenschlebung**

Die Strafkammer des Landgerichts III in Berlin verurteilte  
 nach mehrwöchiger Verhandlung, die wegen Gefährdung der  
 Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden  
 war, den Tischlermeister Jarre unter Freiheitsbannung  
 von der Anklage des Vergehens gegen das Kriegsgerätegesetz  
 wegen Diebstahls, Betruges und gewerbmäßiger Fälscheri zu  
 zwei Jahren Zuchthaus, sowie den kaufmännischen An-  
 geklagten Baumann von der Firma Dangs & Co., die in den  
 Kieler Munitionshändlerprozess verwickelt war, wegen fortgesetzter  
 einfacher Fälscheri zu drei Monaten Gefängnis.

Jarre hatte eine Reihe von Gütsbesitzern der Dänemark durch  
 Vorspiegelung von Geschäften mit der Danziger Gewehrfabrik  
 um hohe Beträge geschädigt. Außerdem spielte in dem Prozess  
 auch noch ein Diebstahl im Waffenlager der Reichsmehr  
 in Königsberg eine Rolle.

**Selbstmord eines Honorarkonsul**

Der Honorarkonsul von Peru in Krakau, der polnische  
 Staatsbürger, Fabrikbesitzer Marian Walter und dessen  
 Frau Stefani haben gestern Selbstmord durch Einnehmen  
 von Veronal verübt. Finanzielle Schwierigkeiten sollen das  
 Ehepaar zu diesem Entschluß getrieben haben.

Auch die zur Völligkeit neigende  
 Frau kann und muß heute  
 modisch und elegant aussehen!

Mit dem früheren Mißstand, daß die  
 etwas zur Völligkeit neigende oder  
 selbst starke Dame nicht wirklich mo-  
 dische, gut sitzende Kleidung finden  
 konnte, haben wir endgültig aufgeräumt.  
**Kleidung für starke und  
 stärkste Größen ist eine  
 unserer Haupt-Abteilungen**  
 Wenn Sie derartige Kleidung brauchen,  
 lassen Sie alle Zweifel und Sorgen  
 fallen. Sie können modisch aussehen -  
 Sie können jugendlich aussehen - Sie  
 finden enorme Auswahl und die  
 denkbar niedrigsten Preise - - Sie  
 müssen nur unserm Rats folgen - -



**C&A**  
**Am Sonntag, dem 8. Mai  
 von 13-18 Uhr geöffnet!**

34.50 Eleganter Mantel aus hochwertigem Herenstoff, in prima Verarbeitung, ganz auf gutem Futter. In Gr. 4-11

22.50 Dieser jugendliche Mantel aus gutem und Dicke, ganz auf gutem Futter, wirkt auch in den größten Weiten schön.

4.90 Die schlanken Linien dieses Kleides in feingemustertes Waackenseide sind vorzüglich u. kleidam. Bis Gr. 54

11.50 Das bunte Kleid mit Nischen enthält durch modischen Rockansatz und feine Garnierung unübertroffene geschickte Details. Auch in großen Weiten

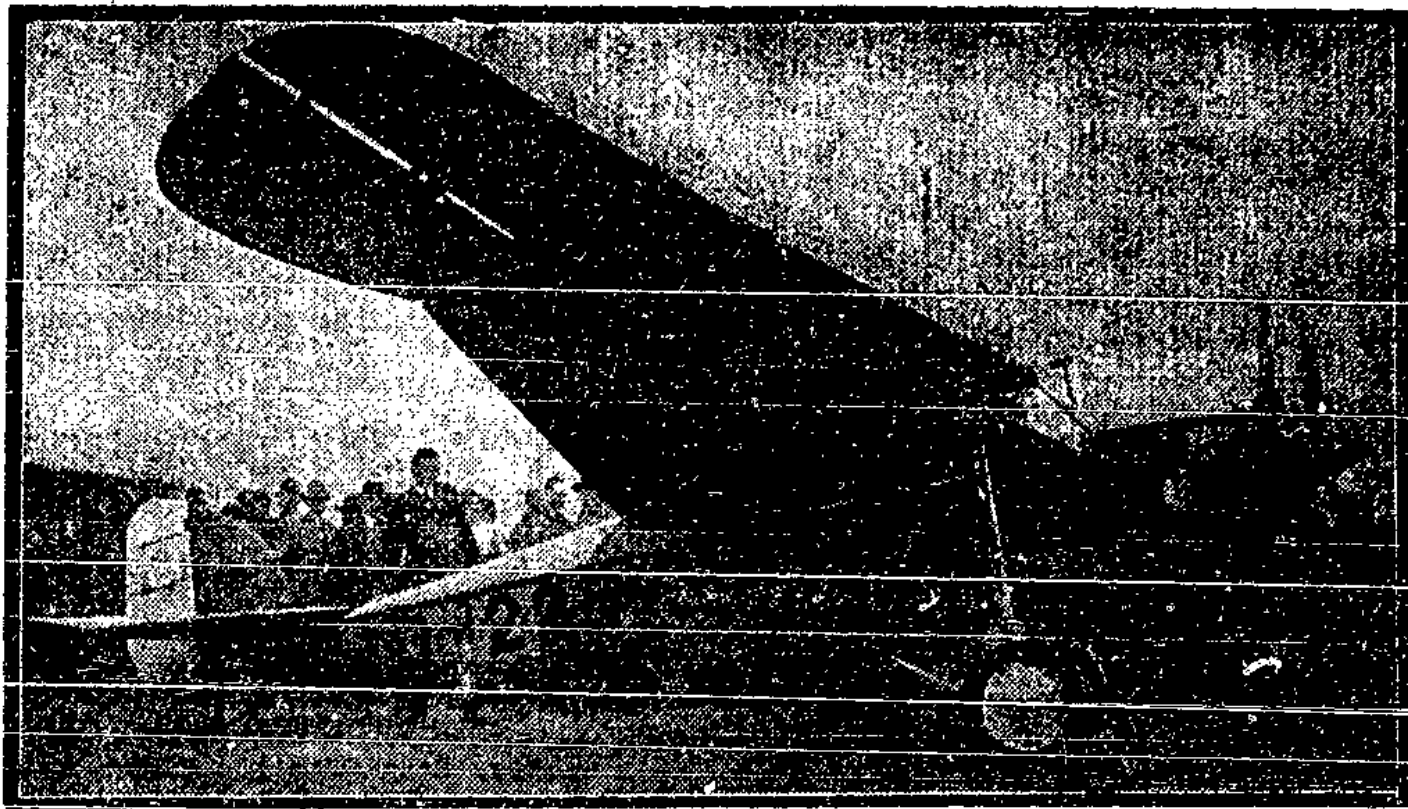
**C&A BRENNINKMEYER**

Schriftliche Bestellungen können leider nicht berücksichtigt werden!





## Ein Flugzeug mit verstellbaren Tragflächen



Auf dem Tempelhofer Flugplatz wurde ein von Professor Dr. Schmiedler von der Technischen Hochschule Breslau konstruiertes Flugzeug vorgeführt, dessen Tragflächen während

des Fluges vergrößert oder verkleinert werden können. Man erzielt dadurch eine größere Fluggeschwindigkeit bei einer geringeren Landgeschwindigkeit.

## Der Fall Patac

### Ein hoher Beamter als Kinderhändler

In Czernowiz ist nach wochenlangen Verhandlungen ein in der Bukowina und darüber hinaus in ganz Rumänien vielbeachteter Kinderhändlerprojek zu Ende gegangen. Der angeklagte Regierungsbeamte Patac wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, während die mitangeklagte Frau Stanzl ein Jahr Gefängnis erhielt.

Das Schulbrot des Hauptangeklagten, der eine hohe Funktion im Bukowinaer Oberpräsidium bekleidet hatte, war nicht klein. Guido Patac hat im Laufe einiger Jahre 22 Mädchen im Alter von 8-14 Jahren an sich zu locken gewußt. Sieben hat er Gewalt angetan und infiziert. Die übrigen hat er durch Drohungen und Versprechungen dazu verleitet, ihn bei allen möglichen sexual-pervertierten Dingen zu unterstützen. Die meisten der verführten Mädchen, Schülerinnen eines Waisenhauses, saßen zitternd und mit verklärten Gesichtern auf der Augenbank.

Der Gerichtssaal war zu jeder Verhandlung bis auf den letzten Nagel gefüllt. Der Andrang der Sensationshungrigen war groß, noch größer aber war die Enttäuschung, wenn es „interessant“ zu werden versprach und der Gerichtsvorsitzende den Ausschluß der Öffentlichkeit anordnete. Über auch das, was in öffentlicher Sitzung aufs Tapet kam, war „sensational“ und erschütternd genug. Mit gerabezu teuflischer Raffiniertheit war der Wüßling Patac zu Werke gegangen. Um die kleinen unglücklichen Opfer leichter in seine Fänge zu bekommen, hatte er in seiner Beamtenhochzeit die Rentnerin Maria Stanzl als sogenannte Wohlfahrtspflegerin, in Wirklichkeit aber als Kupplerin bestellt. Dieses Frauenzimmer erlebte sich ihrer „charitativen“ Aufgabe mit großem Geschick. Einigen Kindern verschaffte sie tatsächlich Unterstützungen, was ihr bald das volle Vertrauen der Leitung des Waisenhauses eintrug und ihr das dunkle Handwerk sehr erleichterte. Sie führte dem Lüftling Patac, dem angeblich die Verteilung der Unterstützungen oblag, immer wieder neue Opfer zu, meistens arme elternlose Geschöpfe, die sich bald leichter, bald schwerer, für Geschenke oder auch nach Einschüchterungen, mißbrauchen ließen. Schließlich

brachte die schwere Erkrankung eines der verführten Kinder das ungeheuerliche Treiben des Patac und seiner Gehilfin aus Tageslicht.

Vor Gericht versuchte der Angeklagte strafmildernde Umstände für sich u. a. mit der Behauptung geltend zu machen, daß er starker Alkoholiker sei und seine Taten infolge des genossenen Alkohols in einem Zustande sexueller Ueberreiztheit begangen habe. Ein Heiterkeitssturm durchbrach die laute Stille im Gerichtssaal, als der Staatsanwalt den Ausführungen Patacs entgegenhielt, daß er bis zum Tage seiner Verhaftung Vorsitzender der Czernowitzer antialkoholischen Liga gewesen und einmal sogar als rumänischer Delegierter zu einem internationalen antialkoholischen Kongress entsandt worden sei. Patac habe zwar hin und wieder Alkohol konsumiert, doch niemals in größeren Mengen. Ein anderer Einwand des Angeklagten und seiner Verteidigung, daß er in psychiatrischer Hinsicht erkrankt sei, verfiel schon mehr. Es wurde festgestellt, daß der Vater und Großvater, des Patac Trinker waren und der Großvater im Irrenhaus gestorben ist. Die Meinungen der ärztlichen Sachverständigen gingen auseinander; es kam zu heftigen persönlichen Auftritten. Schließlich einigte man sich dahin, daß Patac einen Grenzfall zwischen Verantwortlichkeit und Nichtverantwortlichkeit darstelle, daß er allgemein aber das Normale in ihm das Pathologische überwiege.

Auf diesen salomonischen Weisheitspruch der Ärzte hin wurde das für rumänische Verhältnisse ziemlich milde Urteil gefällt.

## Doppelmord in Berlin

Der Malermeister Fritz Baars und seine Ehefrau wurden gestern nachmittag in ihrer Wohnung in Berlin tot aufgefunden. Eine Axt, mit der Baars und seine Frau offenbar erschlagen wurden, wurde neben den Leichen gefunden. Bei dem Mord handelt es sich zweifellos um einen Raubmord. Baars war Hausbesitzer. Die Täter haben es auf die in den letzten Tagen einfließenden Mietgelder abgesehen. Es ist nun schon der dritte Mietgelderraub, der in den letzten Tagen in Berlin begangen worden ist. Die Täter müssen mit ungewöhnlicher Brutalität vorgegangen sein, was allein schon aus der Tatsache hervorgeht, daß die Wände meterhoch mit Blut bespritzt sind. Die Nachforschungen der Polizei sollen bereits gewisse Anhaltspunkte für die Entdeckung der Täter ergeben haben.

## Kinderlähmung

In Breitenstein (Regierungsbezirk Wiesbaden) sind einige Fälle von Kinderlähmung festgestellt worden. Mehrere Kinder befinden sich bereits auf dem Wege zur Besserung.

## Hagenbed-Jubiläum in Stellingen



Am 7. Mai sind 25 Jahre seit der Eröffnung des Carl Hagenbed'schen Tierparks in Altona-Stellingen vergangen. Die Tierhandelsfirma Carl Hagenbed wurde schon 1849 gegründet. Carl Hagenbed übernahm sie 1866 von seinem Vater und machte sie zum beherrschenden Weltunternehmen. Seine Söhne Heinrich und Lorenz Hagenbed, die gegenwärtigen Inhaber, betreiben den Stellingener Tierpark, den Welt-Tierhandel, Tierfang und Tierimport Einrichtung und Belieferung ganzer Zoologischer Gärten und Wildparks, Völkerschauen, Wanderzirkusse, Zusammenstellungen von Dressurgruppen aller Art, kurz: ein deutsches Unternehmen von Weltbedeutung. — Unser Bild zeigt einen See-Elefanten und Pinguinen in Carl Hagenbed's Tierpark. Hagenbeds waren die ersten und sind heute noch die einzigen, die See-Elefanten aus der Südpolarzone einführen.

## Drei Selbstmorde am gleichen Tage auf der gleichen Strecke

Auf der Strecke Sorau—Forst ereigneten sich gestern vormittag unabhängig voneinander drei vollkommen gleichartige Selbstmorde. Bei Schönwalde warf sich ein 42-jähriger Mann vor einen Güterzug, beim Bahnübergang bei Berge ließ sich ein Bädergehilfe vom Zuge überfahren, und wenige Stunden später mußte der Lokomotivführer eines D-Zuges melden, daß sich bei der Blockstelle Erlenholz ein Mann habe überfahren lassen, wie sich herausstellte, ein Geschäftsführer aus Forst. In allen drei Fällen dürfte das Motiv zur Tat in wirtschaftlicher Not zu suchen sein.

## Mord an einem Apotheker

### Der Täter verhaftet

Der 60 Jahre alte Apotheker Dr. Timmermann in Düsseldorf wurde gestern abend in seinem hinter den Geschäftsräumen gelegenen Büro von einem Mann durch mehrere Messerstiche ermordet. Der Sohn des Ermordeten verfolgte mit Polizeibeamten im Kraftwagen den Mörder, der festgenommen werden konnte. Es handelt sich um den 54-jährigen Apotheker Adolf Zwingmann aus Freren.

Timmermann war etwa 30 Jahre Inhaber der Apotheke in Freren, die er im Januar v. J. an Zwingmann veräußerte, während er sich selbst in Berne niederließ. Seit dieser Zeit bestanden zwischen den beiden Kollegen Antipathien, weil Zwingmann sich beim Kauf der Apotheke benachteiligt fühlte. Am Dienstag abend, gegen 19 Uhr, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung wegen der Apotheke in Freren. Im Verlauf eines Wortwechsels zog Zwingmann eine Selbstlade-pistole und gab auf Timmermann mehrere Schüsse ab, die ihn in Hals und Arm trafen. Als Timmermann schwer getroffen zu Boden stürzte, verfeuerte Zwingmann ihm noch mit einem feststehenden Taschenmesser mehrere Stiche.

## Ein vierjähriges Kind verbrannt

Die drei Kinder des Bahnarbeiters Most in Kulmain (Oberspale) setzten beim Spielen mit Streichhölzern eine Scheune in Brand. Das jüngste Kind, ein vierjähriges Mädchen, kam in den Flammen um.

## Flieger als Mörder

In Miami (Florida, USA) wurde der britische Fliegerhauptmann Lancaster wegen Mordes verhaftet. Lancaster hat den amerikanischen Piloten Haden Clark aus Eifer sucht erschossen. Clark war der Geliebte der australischen Fernfliegerin Keith Miller. Als man seine Leiche fand, glaubte man zunächst an Selbstmord. Lancaster hat jetzt jedoch gestanden, die „Abschiedsbriefe“ des Toten gefälscht zu haben.

## Anton Wildgans



51 Jahre alt verstarb in Mödling bei Wien der Dichter und ehemalige Direktor des Wiener Burgtheaters Anton Wildgans; vermutlich ist der Tod durch Herzschlag eingetreten. Wildgans, viel geistiger Lyriker und oft aufgeföhrt und dreifach preisgekrönter Dramatiker, war der Vertreter eines milden, etwas sentimentalen Expressionismus; nicht der harte Klang der überheißerten, problemgequälten Zeit lebte in ihm, wohl aber ein gut Stück Alt-Österreich, das ihn als einen seiner repräsentativsten Schriftsteller betrachtete und ehrte. Des Verstorbenen „Rede über Österreich“ ist mindestens ebenso typisch für sein Wesen, wie der Zyklus von Liebesgedichten „Sonette an Gad“ oder sein liberal-soziales Drama „Armut“. Manches wird ihn überleben.

## Kapitän Klattebusch auf der Löwenjagd

Von G. Th. Notman.

(Nachdruck verboten.)



93.

„Die fange ich!“ rief er aus, und fing zuerst damit an, daß er die Löwen mit Gewehrschüssen in die Flucht trieb. Von einem in der Nähe stehenden Baum wurden alsdann die Reste entfernt, der Baum mittendurch gefügt und darauf in schräger Stellung an einen anderen Baum gebunden. Der haarbarte Dolch des Kapitäns wurde gegen die Verbindungsleine gehängt, und vier Schlingen, ganz nett ein einer Reihe, an Pfählen gebunden, auf den Boden gelegt.



94.

Einige Augenblicke später sah die ganze Gesellschaft nach den Bergen oben auf der „Abelheid“. Der Kapitän hielt das Ende einer langen Leine, die mit dem anderen Ende an den Dolch gebunden war. Es dauerte in der Tat nicht lange, bis die Löwen herangejagten kamen. Brüderlich nebeneinander fingen sie an, an den ledernen Schlingen herumzutrapeln.

# Mörder lachen

# über die Witwe ihres Opfers

## Sengenvernehmung im Prozeß gegen die Danzauer Satenkreuzbesten

In der Verhandlung gegen die an dem Danzauer Ueberfall beteiligten Kreuzburger SA-Leuten vor dem Schwurgericht in Doppelau erfolgte am Dienstag die Vernehmung von etwa 20 Zeugen.

Der Landjäger Maximal sagt aus, daß er bei Ablugung des Fotories neben der Leiche Bassos draußen vor dem Kammerfenster zahlreiche Goldschußhülsen gefunden habe. Nachts um 1 Uhr sei er sünds Berichtserstattung zum Kreuzburger Staatsanwalt gefahren. Dieser habe ihn fortgeschickt und habe ihm gesagt, er möge am nächsten Vormittag wiederkommen. Die Mordkommission kam erst 16 Stunden nach der Tat nach Danlau.

Der Gemeindevorsteher Dremml, der den Nazis nahesteht, und den Angeklagten während einer Verhandlungspause Zigaretten schachtelweise zusteckte, befandete, er habe insgesamt

Kommandeur, der Arzt Dr. Schulze-Beer versuchte dann, dem Gericht einzureden, daß die Vorfälle in Danlau nur ganz zufällig zu seiner Kenntnis gelangt seien. Welche seltsame Auffassung dieser Nazi-Medikus von seiner Berufspflicht hat, geht daraus hervor, daß der Zeuge es nicht für notwendig hielt, sich bei seiner Anwesenheit kurz nach der Schießerei in Danlau nach den Opfern seiner Leute umzusehen. Mit der Vernehmung des Doppelner Kriminalkommissars Franziskus, der berichtete, daß durch die Kreuzburger im Laufe der vorangegangenen Monate zahlreiche Zusammenkünfte hervorgerufen worden seien, wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Verkündung des Urteils ist für Mittwoch Nachmittag zu erwarten.

## Bürgerlicher Bürgermeister in Sprottau gewählt

Die Sprottauer Stadtverordneten wählten in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten mit 18 von 22 Stimmen den bürgerlichen Kandidaten Ulrich Löwe aus Kreuznach zum ersten Bürgermeister. Die neun sozialdemokratischen Stadtverordneten gaben ihre Stimmen für Regierungs-Massor Weiffeling aus Neuwied ab.

## Die falsche Wisamratte

Ein Nachtwachtbeamter im Kreise Vollenhain sichte an einem Wasserkopf ein Tier, das er für eine Wisamratte hielt und erlegte. Als er es aber aufbereitete, stellte sich heraus, daß es eine Nutria, ein wertvolles Edelpelztier, das aus einer Vollenhainer Zuchtfarm entwichen war, getötet hatte. Der Befitzer erleidet einen erheblichen Verlust.

## Ein Autobus brennt

Ein nach Laurahütte (Polnisch-Schlesien) fahrender Autobus geriet auf der Schloßstraße in Kattowich in Brand. Infolge Kurzschlusses hatte sich vergossenes Benzin entzündet, und das Feuer griff auf den Reserverezentant über. Der Chauffeur erlitt Brandwunden, fuhr jedoch dessenungeachtet geistesgegenwärtig den Wagen an den Rand der Straße und brachte ihn dort zum Stehen.

Die Passagiere, die begreiflicherweise in große Aufregung geraten waren, sprangen zum Teil durch die Fenster des Wagens auf die Straße und kamen, von einigen Hausdachhütungen und Aushängungen abgesehen, mit dem Schraken davon. Der Wagen brannte vollständig aus.

## Sozialdemokratische Partei Bezirk Mittelschlesien

Sonntag, den 6. Mai 1932, vormittags 10 Uhr pünktlich beginnend, findet in Breslau im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, 1. Stod, eine

### Bezirkskonferenz

statt. Tagesordnung:

1. Die politische Situation nach den Wahlen. (Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Hamburger.)
2. Aussprache über die Organisation im Wahlkampf und der weitere Ausbau derselben.

Zur Teilnahme an der Konferenz sind verpflichtet: Die Mitglieder des Bezirksvorstandes, die Parteiführer, die Kreisvorstände und die Redaktionen der mitteilfähigen Parteizeitungen. Ferner können an der Sitzung teilnehmen: Die Landtags-, Reichstags- und Provinziallandtagsabgeordneten. Parteimitglieder können, soweit Platz vorhanden, ebenfalls an dieser Konferenz teilnehmen.

### Der Bezirksvorstand.

**Sirischberg.** Eine deutsche Poststelle auf der Schneelippe. Am 1. Mai ist die deutsche Postagentur auf der Schneelippe wieder eröffnet worden. Die Postagentur auf der Schneelippe ist dem Postzweigamt Brundenberg unterstellt.

**Franckenstein, Waldbrand.** Vermutlich durch einen weggeworfenen Zimmenden Stimmelpfand auf dem Graupenberg ein Waldbrand. Trotzdem derselbe bald bemerkt und energig bekämpft wurde, sind den Flammen etwa 700 fünfzehnjährige Nadelbäumchen zum Opfer gefallen.

**Sachsen.** Der Promenadenautomat. Hier hat man eine Promenadenbeleuchtung eingeführt, die nur gegen Einwirkung eines Zeppfennigstüdes so lange funktioniert, als man bei langsamem Gehen benötigt, um die Promenade zu durchqueren.

**Sprottau, Kreis Rosenthal.** Der Vater erschossen. Während der Landwirtsjohn hier auf seinem Hofe nach der Scheibe schuß, überquerte unerwartet der Vater in dem Augenblick, in dem der junge Bauer wieder einen Schuß abgab, den Hof und wurde von der Kugel tödlich am Kopfe getroffen. Der unglückliche Schütze wurde ins Kobmitter Gefängnis eingeliefert.

## Aus der Umgebung

### Breslauer Gemeindevertretung auf der Regenjagd

Die Tagesordnung der für Freitag 18 Uhr angelegten Sitzung der Breslauer Gemeindevertretung steht außer der Beratung des Haushaltsplanes für 1932/33 Neufestsetzung des Wasserpreises, Aufhebung einer Ortspolizeiordnung und Erlaß einer Straßenpolizeiordnung auch die Einführung einer Regensteuer vor.

Diese Idee, den notleidenden Gemeinden durch Besteuerung der europäischen Hausfrauen neue Einnahmequellen zu erschließen, ist nicht ganz neu. Bereits vor Jahren wurde in verschiedenen Gemeinden Schlesiens die Regensteuer diskutiert, aber bis jetzt keineswegs nach irgendwas durchgeführt, da ihrer Erhebung nicht unüberwindliche technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Es ist wohl aus kaum anzunehmen, daß die Breslauer Regensteuer einen besonders günstigen Charakter hat und auf Grund der Polzeistruktur sofort ihre Besteuerung auszuweisen geeignet sind.

Ob es überdies in einer billigen ländlichen Gemeinde empfehlenswert ist, den Regenstand durch solche Maßnahmen etwa im stillsten Umfang herabzusetzen, wie es in Breslau durch die sporadisch hohe Besteuerung bei den Handen gescheh,

Wann wohl mit Recht beanstandet werden; ganz abgesehen davon, daß sich die Steuer in vielen Fällen, wo die Lage in protestantischen Familien ein lieber Hausgenosse ist, besonders gegen die ärmeren Bevölkerungsteile auswirkt.

## Schloß Eybillerort

zur Vermählung freigegeben

Das Schloß August des Letzten von Sachsen in Eybillerort soll von der Familie des ehemaligen Königs einschließlich des sehrwertvollen Parkes zur Vermählung freigegeben werden.

**Kottwitz.** Die eigene Belohnung angezindet. Der Aushängler Abhalt zündete hier im Hofe seiner früheren Belohnung einen hölzernen Schmelzfall an. Der Brand konnte rechtzeitig gelöscht werden. W., ein notorischer Käufer, gegen den bereits das Entmündigungsverfahren eingeleitet ist, wurde in Polizeigewahrsam genommen.

**Domsela.** Sturz vom Kabe. Als am Sonntag eine fleißige Einwohnerin mit dem Rad zur Kettendorfer Wälderei fahren wollte, stürzte sie so unglücklich, daß sie sich schwere Verletzungen am Hinterkopf zuzog und in das Kreiskrankenhauss eingeliefert werden mußte.

**Mackwitz.** Gemeindevertretung tritt zusammen. Donnerstag, den 5. Mai, findet bei Gastwirt Hied eine Gemeindevortretung statt. Beginn der Sitzung 17 Uhr.

**Sozialdemokratische Partei**  
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Kaubau), Zimmer 170-171  
Telephon 5554, 5555  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Breslau, Donnerstag, den 6. Mai, vormittags 11 Uhr, bei Monde: Vorstandss. und Funktionärsitzung.

## Geschäftliches

### Für den Geschäft

In den letzten Jahren betragen die Gesamtanforderungen an Geschäfte aus deutschen Gütern über 600 Millionen Pfund im Wert. Davon über 300 Millionen Reichsmark. Daran sind die vorhandenen 356 Bilioards mit zwei Dritteln, die übrigen Drittel werden über 300 Bilioards beim Ausfuhr der Wirtschaft im Geschäftsbetrieb, darunter im Ausland, und im letzten Jahr im Geschäftsbetrieb. Die Gesamtanforderung an Geschäfte im Ausland betrug im Jahre 1924 etwa 100 Bilioards pro Kopf der Bevölkerung und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 100 Bilioards pro Kopf der Bevölkerung gegenüber 84 Bilioards im Jahre 1924 betrag und damit die Beschränkung erreicht hat.

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist die Geschäftswelt von besonderer Bedeutung, weil sie alle wichtigen Wirtschaftszweige in sich vereint. Sie ist die Kräftequelle für den Handel, die Industrie und die Landwirtschaft. Die Geschäftswelt ist die Basis für den Wirtschaftsleben, die Produktion, die Verteilung, die Konsumtion und die Ersparnis. Die Geschäftswelt ist die Basis für den Wirtschaftsleben, die Produktion, die Verteilung, die Konsumtion und die Ersparnis. Die Geschäftswelt ist die Basis für den Wirtschaftsleben, die Produktion, die Verteilung, die Konsumtion und die Ersparnis. Die Geschäftswelt ist die Basis für den Wirtschaftsleben, die Produktion, die Verteilung, die Konsumtion und die Ersparnis.

Bei Schülern ist was ankommen. Ein prächtiger Junge, wirklich, der mühen Sie mal sehen! Aber Bäume braucht der keine Mann, nicht zu glauben! Jeden Tag kommt mir anders an der Welt. Die Mama kann froh sein, immer ihr Recht zu haben. Gemüden, Mädchen, Wirbeln, Mädchen und die Besten, hat der Arzt gesagt, werden damit nicht nur blühen, sondern auch dauerhaft erstein!

## Breslauer Produktensörche vom 3. Mai 1932

Allmähliche Notierungen der Breslauer Produktensörche vom 2. Mai 1932. An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Lieferanten in kleinen Mengen) in Reichsmark, bei sofortiger Bezahlung. Für die Rationierung gilt der Erzeugerpreis.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste . . . für 1000 kg = 1 Tonne } fraktio  
Mehl, Füllensüchte Futtermittel, Mehl . . . 100 kg } Breslau  
Sämereien . . . . . 50 kg }  
Kartoffeln, Rauhputter . . . . . 50 kg ab Erzeugerpreis

Getreide	Tägliche Allmähliche Notierungen.	
	2. 5.	3. 5.
Weizen (schlechtest)	272.00	275.00
Helfolltergewicht von 74,5 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	276.00	279.00
Helfolltergewicht von 72,0 kg trocken für Müllerweide verwendbar	262.00	265.00
Sommerweizen, hart, gelb, 90 kg . . . . .	273.00	281.00
Roggen (schlechtest)	205.00	206.00
Helfolltergewicht von 71,2 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	—	—
Helfolltergewicht von 72,5 kg gut, gesund und trocken	—	—
Helfolltergewicht von 69,0 kg trocken für Müllerweide verwendbar	201.00	201.00
Hafer, mittlere Art und Güte . . . . .	192.00	192.00
Braugerste, reine . . . . .	200.00	200.00
Sommergerste, mittlere Art und Güte . . . . .	194.00	194.00
Wintergerste 63-64 kg . . . . .	188.00	190.00

Industriegerste, 66 kg 190.00  
Lendg: Bis auf Weizen ruhig.

Ärmliche Notierungen für Mehlensorten

	2. 5.	3. 5.
Weizenmehl (70%)	37.25	37.50
Roggenmehl (70%)	30.25	30.25
Lendg: Fest.		

Süßholzwurste mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	29.	3.
Bitoriaerzeln 20.00-24.00	20.00-24.00	15.00-16.00
Gelb. Mittelst.	—	—
Il. gelbe Gehen	32.00-35.00	32.00-35.00
gelbe Gehen	—	—
Vatererzeln . . . . .	—	—
weiße Bohnen 18.00-20.00	19.00-20.00	—

Rauhputter

	29	3.
R.-u. S. Rauhputter	2.10	2.10
R.-u. S. Rauhputter	1.80	1.80
G.-u. S. Rauhputter	2.10	2.10
G.-u. S. Rauhputter	1.80	1.80
geb. Rauhputter	—	—

Futtermittel

	29	3.
Weizenmehl	11.00-11.75	11.00-11.75
Roggenmehl	10.50-11.25	10.25-11.00
Gerstentriebe	—	—
Veisens 38%	12.80-12.75	12.90-12.75
Roggenmehl 38%	—	—
Wismar 20%	11.75-12.25	11.75-12.25
Schmal 65%	—	—
2.1. Kohn	—	—
Wismar 26%	13.00-13.50	13.00-13.50
Getr. Palmk.	—	—
Wismar 10%	—	—
Weizenmehl	10.50-11.00	10.50-11.00

Lendg: Ruhig.



Smagel, Paul, SA-Führer von Danlau. Dreimal verurteilt, zuletzt mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

12 Goldschußhülsen gefunden. Der alte Basso, dem die Satenkreuz-Rohlinge ebenfalls schwere Verletzungen beibrachten, erkreute sich in der Umgebung allgemeiner Achtung; doch seien seine Söhne als gewalttätige Menschen bekannt. Ernst Basso, der Bruder des Ermordeten, erklärte, daß er von dem Nationalsozialisten Smagel kurz vor dem Ueberfall in der Dorfstraße bestreift worden sei. Er sei dann zu seinem Bruder gegangen und habe ihn vor den anrückenden Kreuzburger SA-Leuten gewarnt. Den Inspektor Baumert, den Anführer des ersten SA-Trupps, der in das Haus Bassos einbrang, schilderte dieser Zeuge als Rohling, der sich auch an Frauen vergriffe.

Ernst Basso will gehört haben, daß die Kreuzburger Satenkreuzer schon vor ihrer Einfahrt ins Dorf schossen. Ein oris-anfälliger Nazi habe ihm gesagt, er möge sich

### Schlennigt verbüßen

wenn die Kreuzburger SA käme, um „aufzuräumen“. Die Frau des Ermordeten, bei deren Erscheinen im Gerichtsaal die Angeklagten heilloserweise in ironisches Gelächter ausbrechen, bestätigt, daß sie den Anführer der Nazis nahe Hinweis auf ihre beiden kleinen Kinder angeht, von ihrem Manne abzulassen. Der auf Antrag der Staatsanwaltschaft vernommene Kriminalkommissar von Franziskus bekundet, daß die Schließung der Kreuzburger SA-Kaserne seinerzeit erfolgte, weil die SA bei Zusammenstößen in der Umgebung an „Stillelegungen“ herangeseht wurde. Der Vorsitzende hält das offenbar für eine durchaus legale Angelegenheit, denn er hält dem Zeugen vor, daß dies doch nur geschehen sei, wenn die Ortspolizeibehörde nicht zur Stelle gewesen sei. Die Tendenz des zu erwartenden Urteils und die Grundeinstellung des Schwurgerichtsvorsitzenden an der selbständigen Errichtung einer Bürgerkriegsgruppe ist nach dieser Zeugenaussage wohl kaum mehr zweifelhaft.

Der in Oberschlesien jactsam bekannte Kreuzburger SA-



Gutsinspektor Ludwig Bauerer, Danlau. 20 Jahre in der SED.

Französische Menschen

Bermann Wendel: „Französische Menschen.“ Berlin 1932.

Ernst Komohit-Berlin. Dieses Buch, das vor in den letzten Jahren entstanden...

Im ersten Teil werden interessante französische Frauen...

Die Sprache des Buches ist ungemein frisch, lebendig, ja...

Die Schullasse als Arbeits- und Lebensgemeinschaft

Kurt Steisgal: „Praxis und Theorie der Schullasse als Arbeits- und Lebensgemeinschaft.“

Deutscher Verlag für Jugend und Volk, Wien 1931, 244 S.

Unter der Leitung des Landes-Schulinspektors Burger und...

Das Buch enthält nicht nur eine genaue Schilderung der...

Die Berichte gliedern sich um die folgenden Fragen: Psychologie...

Was quälend überall empfunden wird, hier ist es heiße...

Bedürfte ein Wegweiser sind, die sie Zug um Zug nachzubilden...

Die Praxis der Schülersauslese

H. Oster Döring: „Praxis der Schülersauslese.“ Deutscher Verlag...

Das Buch von Döring bringt die Darstellung von sieben...

Der praktische Teil verdient Interesse, da er sieben verschiedene...

Dieses Ergebnis soll nach Döring einen weiteren Beweis...

So kann die Arbeit Dörings auch außerhalb des Ausleseverfahrens...

„Barbaren“

Was quälend überall empfunden wird, hier ist es heiße...

lichen, behütet und als Versuchssubjekt für Mediziner, Psychoanalytiker...

Sonderbar, daß diese Tatjagden einem heiß über den Rücken läuft...

Selbstverständlich überspitzt, übergrüpelt er, selbstverständlich...

Alfred Neumanns „Narrenspiegel“

Dieser (im Brockhaus-Verlag erschienene) neue Roman handelt...

Der äußeren Vorgänge, der Loftheiten, der bizarren Ausbrüche...

Alfred Neumann hat der Reihe seiner Romane, die historischen...

Kleiner „Meier“ 2. Band

Der schon nach kurzer Frist erschienene 2. Band der 6. Auflage...

## Brennende Fragen

Das Reichskabinett wird in diesen Tagen zu brennenden sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen müssen. Der Reichs- arbeitsminister hat hierfür bereits ein Programm vorbereitet. Die brennendsten unter diesen Fragen sind immer die Sorge um die Sicherung des Arbeitslosen- schutzes.

Diese Sicherung muß nach wie vor von zwei Seiten aus vorgenommen werden: erstens durch Entlastung auf der Unter- stützungseite, d. h. Beschaffung von Arbeit und zweitens durch eine neue finanzielle Untermauerung des Arbeitslosenschutzes selbst, d. h. Sicherung der für die Unterstützung notwendigen Gelder.

Bei der Entlastung der Arbeitslosenbetreuung durch Arbeit stehen jetzt ganz klar drei große Aufgaben vor dem Kabinett: Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung und freiwilliger Arbeitsdienst. Was der Reichsarbeitsminister in der Arbeits- beschaffung für möglich hält, hat er durch seine Ausführungen auf dem Krisenkongress der Gewerkschaften dargestellt. Was in der Arbeitsvermittlung geschehen soll, ist noch nicht völlig klargestellt. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zur Stunde noch nicht angelegt. Auch in der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes sind im Augenblick noch keine endgültigen Richtlinien festgelegt. Auch hier liegen wohl noch, aber noch keine klaren Gedanken.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung wird sich in den nächsten Tagen mit den Plänen der Regierung über die Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigen. Geplant ist, wie z. T. bereits in der Presse angekündigt wurde, eine frühere Heranziehung der jugendlichen Erwerbs- losen zum Arbeitsdienst. Alle Arbeitslosen unter 25 Jahren, gleichgültig ob sie Anwartschaften für die Arbeitslosenversicherung oder Krankenunterstützung aufzuweisen haben oder ob sie Bezüge von Wohlfahrtsunterstützung sind, sollen nach Möglichkeit zum Arbeitsdienst herangezogen werden können. Die Kosten dafür würden natürlich, soweit es sich nicht um Arbeitslose handelt, die von der Versicherung betreut werden, durch die Gemeinden — wie schon bisher bei den im Arbeitsdienst beschäftigten Wohlfahrtsunterstützten — aber ganz allgemein durch das Reich getragen werden. Ohne Zweifel hat der freiwillige Arbeitsdienst in der jüngsten Zeit einen gewissen Auftrieb erhalten. Sicherlich steht dabei auch das Frühjahr eine Rolle. Jedoch dürfte der Dienst jetzt bereits dreimal so viel Köpfe umfassen, als die Zahl der Notstandsarbeiter, nämlich etwa 50 000 Arbeitslose.

Weber die Pläne des Reichsarbeitsministers zur Ent- lastung der Gemeinden in der Arbeitslosen- Betreuung verlaute bis jetzt noch nichts Bestimmtes. Die Entlastung der Gemeinden ist der wichtigste Punkt in der Neu- finanzierung des Arbeitslosenschutzes. Hier tut vor allem praktische Hilfe not, d. h. wir brauchen Maßnahmen, die schnell und durchgreifend helfen und nach verschiedenen Seiten eine Entlastung herbeiführen. Solche praktische Hilfe läge vielleicht in einer Verlängerung der Krisen- füllsorge auf unbestimmte Dauer. Eine zeitliche Aus- dehnung der Krisenunterstützung würde die Aussteuerung in der Richtung zur Wohlfahrt abstoppen und damit die Wohlfahrts- lasten der Gemeinden entlasten. Die Frage ist nur, wie weit der Reichsfinanzminister hier mitgehen kann.

Eine zweite Entlastung der Gemeinden läge in einer Be- freitigung des von den Gemeinden zu tragenden Be- lastungspunktes für die Krisenunterstützung. Damit könnte man zugleich ein gewaltiges Stück Verwaltungsarbeit vereini- gachen. Man muß sich die Summe von der Berechnungsarbeit vorstellen, die jeden Monat dadurch entsteht, daß auch die Gemeinden zur Krisenunterstützung beitragen sollen, um den Wert der empfohlenen Vereinfachung durch Befreiung des Krisenunterstützungsstellen zu erkennen. Der Beitrag der Gemeinden zur Krisenunterstützung ist praktisch ohnehin in vielen Fällen nur noch auf dem Papier; denn die Gemeinden haben kein Geld, und die Sperrung der Steuerüberweisung kann da auch nicht helfen. Auch in der Befreiung des Krisenunterstützungsstellen hat der Reichsfinanz- minister das entscheidende Wort. Immerhin sollte man sich zu Hilfsmöglichkeiten entschließen, die schnell wirken und die Sanierung des Arbeitslosenschutzes von vornherein nicht mit allzu viel Problemen belasten. Das Notwendige zuerst!

## Eine Sensation, die zu denken gibt

Das es auf der Generalversammlung der Continentalen Gummiwerke. Ein Rechtsanwalt aus Frankfurt a. M. stellte den Antrag, die Dividende von 6 auf 8 Prozent zu erhöhen. Begründet wurde dieser Antrag mit dem Hinweis, daß die in Wirklichkeit höheren Gewinne eine solche Dividendenauschüttung rechtfertigten. Das muß auf die Verwaltung großen Eindruck gemacht haben. Nach kurzer Beratung hinter verschlossenen Türen erklärte sie sich mit der Dividendenauschüttung einverstanden.

## Küchenerei Döll

Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wird uns geschrieben: „Das ist Monate lang jeden Tag mindestens 13 Stunden, wochentags wie Sonntags und nur jeden sechsten Tag einen Tag freien Tag.“

Dieser Tatbestand war der Inhalt einer Klage, die ein Küchenmädchen gegen obige Firma angehängt hatte, um die geforderte Freizeit für Sonn- und Feiertage zu erhalten und die gesetzlich garantierte Freizeit für Sonn- und Feiertage zu erhalten.

Diese Klage ging verloren, weil in Unterricht des Gesetzes beim Arbeitsgang eine Ausgleichsleistung unterdrückt wurde. Das Küchenmädchen hat dadurch einen Verlust von über 100 Mark erlitten, trotzdem sie die Arbeit geübt hatte und ein tarifliches und gesetzliches Anrecht vorlag.

Ob die Firma auf diesen Gerichtsbescheid stolz sein kann, das ist ihr gelungen, ein armes Küchenmädchen um den recht- mäßigen Lohn gebracht zu haben, ist eine Frage der Moral.

Der Auslösung des Arbeitsverhältnisses ging voran, daß die Firma davon Kenntnis erhielt, daß das Küchenmädchen Mit- glied des Verbandes ist. Deshalb mußte sie im Kontrast erscheinen und der Herr Küchenmädchen teilte ihr mit, wenn ich das gewünscht hätte, daß Sie im Verbands sind, hätte ich Sie überhaupt nicht eingestellt. Noch extremer war die Frau Küchenmädchen, die brachte ihm Ausbruch: „Ja, was meinen Sie denn, was früher mein Mann mit jemandem gemacht hat, der im Verbands ist, den hätte er am Kragen genommen und hätte ihn auf die Straße gebracht.“

Bei einem betriebliehen Arbeiter, der nicht nur die Küchenmädchen so lange arbeiten läßt, sondern auch die Be- rufsmännern und Wehrmännern, ist eine solche Einstellung ver- wandt.

Wie weit die nobis Behauptung der Küchenmädchen zutrifft, ist daraus zu ersehen, daß früh um 6 Uhr mit der Arbeit be- gonnen wurde, und erst vor 10 bis 11 Uhr sein erstes Frühstück gegessen wurde.

Die Gewerkschaft hat nunmehr Anzeige erstattet und wir hoffen, daß die Staatsanwaltschaft einmal gehörig für Ordnung sorgt.

Wir hoffen, es wird möglich, der Arbeiterschaft von allen möglicherweise bestehenden Rechten von diesen Verhältnissen Kenntnis zu geben.

# Den Bauarbeitern ist großes Weil widerfahren

Die Bauwirtschaft wird angelockt. Das Mittel dazu haben die Unternehmer nun endlich gefunden, als sie feststellten, daß die bisherigen Lohnabbaumaßnahmen den Bau neuer Wohnungen noch nicht gestatteten. Es mußte also noch mehr abgebaut werden, und zwar, wie schon früher gemeldet, verlangten sie in den einzelnen Ortsklassen Schließens einen Lohn- abbau bis zu 45 Prozent. Sie hatten sogar erklärt, daß von dieser Forderung auch nicht ein iota abgegangen würde. Also die Kurbel ist angelegt, und vor der Schlichterkammer am Freitag und Sonnabend der vergangenen Woche kam man auf einen Abbau gegenüber den Normalordnungsleistungen von 12 bis 20 Prozent bis 20 Prozent. Dann schied der Schlichter vorläufig die Spannung hoch genug, und bis zum 31. Oktober dieses Jahres, das ist der Ablauf der Geltungsdauer dieses Abbaues, wird nunmehr die Wirtschaftswalze im Baugewerbe laufen.

Die neuen Wohnungen werden wie die Pilze wachsen und die Hausreparaturen werden ein ungeheures Ausmaß annehmen. Die Hauswirte werden sich um die Bauarbeiter reißen. Sie können jetzt endlich ihre defekten Häuser und Wohnungen in einen menschenwürdigen Zustand bringen. Das Arbeitsamt wird ver- dören. Die Pläne für ein neues Arbeitsamt brauchen also nicht mehr „erzogen“ werden. Und das alles aus dem Grunde, weil der Breslauer Maurer jetzt nur noch einen Lohn einbüßt, nämlich des Werkzeuggeldes von 92 Pf. pro Stunde hat statt wie bisher 1,06 Mark, der Bauhilfsarbeiter 76 Pf. statt wie bisher 87 Pf. und der Tiefbauarbeiter 64 Pf. statt wie bisher 76 Pf.

Man nimmt also beispielsweise dem Breslauer Maurer von seinem verdienten Lohn im Monat rund 30 Mark weg. Wenn das die Monatsmiete ist, so ist leider in den meisten Fällen höher, dann kann er die Wohnung natürlich nicht mehr halten. Dann muß er entweder die Miete schuldig bleiben, oder er muß gleich von vornherein die Wohnung aufgeben. Es entsteht dann weiter eine Anzahl leerer Wohnungen, und daraus ergibt sich natürlich nach Unternehmernmeinung der selbstverständliche Wunsch nach dem Bau neuer Wohnungen.

Diese Verhältnisse können natürlich nur heute wachsen, wo eine Regierung diesem Unfug immer noch mehr als willige Ohren leiht. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß durch

diesen mechanisierten Unfug immer größere Teile, namentlich der Gewerbetreibenden und der Geschäftswelt, die Augen geöffnet werden, denn der sogenannte Mittelstand wird ja dadurch immer mehr fühlen, daß er die Politik, die er bisher verfolgt hat, beiseitelegen und der Politik der Parteien, die zum sozialen Volk- staat drängen, folgen muß.

Auch die Reaktion der politischen Bankrotteure in der rechten und linken Reaktion wird trotz alledem an dem ge- sunden Sinn der freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter scheitern, denn unsere Rechnung wird einmal präsentiert.

Die Unternehmer versuchen nun vorläufig etwas vor- züchtiger wie im vorigen Herbst eine ähnliche Methode, indem sie hier und da Unterschriften für das Einverständnis mit dem niedrigeren Lohn hereinzubringen versuchen. Da sie aber dabei im allgemeinen sich ihres Mißerfolges von vornherein ziemlich sicher sind, begnügen sie sich meistens mit einer sogenannten schriftlichen Kündigung, die wohl geschäftsmäßig im Wortlaut unterschiedlich, im Sinn jedoch vollkommen ein und dasselbe darstellt. Zum Beispiel lautet eine solche:

„Hiermit kündigen wir Ihnen für den heutigen Tag das bestehende Arbeitsverhältnis, sind aber bereit, Sie zu einem gekürzten Lohnsatz weiter zu beschäftigen. Wenn Sie Ihre Tätigkeit fortsetzen, setzen wir Ihr Einverständnis zu obiger Regelung.“

Breslau, den 2. Mai 1932.

Unterschrift:“

Zum Teil wurden diese sogenannten Kündigungen jedem Arbeiter persönlich abgegeben, zum anderen Teil durch den Polier der Belegschaft gegenüber veröffentlicht. Damit lassen wir uns natürlich nicht auf der Ruhe bringen, und unsere Kollegen werden nach wie vor jedwede Unterschrift verweigern und den Unternehmern oder deren Vertretern erklären: „Wir unterstehen dem Reichs- und Bezirksarbeitsvertrag. Die Lohn- frage ist ein Teil dieses Vertrages. Der Vertrag ist abgeschlossen zwischen den beiderseitigen Organisationen. Also Herr Somsche, wenden Sie sich gefälligst an die zuständigen Verbände, Bau- gewerkschaft, Zimmererverband.“

# Schieles Agrarprogramm

### Politik ohne Kaufkraft ist schlechte Politik

Der Reichslandwirtschaftsminister Schiele hat Gelegenheit genommen, die Deffektivität darüber zu unterrichten, wie er seine Agrarpolitik in Zukunft gestalten will. Schiele betritt sich darauf, daß es bei den Ackerprodukten (Getreide usw.) gelungen sei, ein tragbares Verhältnis zwischen Produktionskosten und Erzeugerpreisen zu sichern. Auch in der Fleischwirtschaft (wo man ja schon im kommenden Herbst mit höheren Preisen rechnen) sei die Lage trotz unerhörten Preisstieges nicht hoffnungslos. Durch Einschränkung der Viehbestände würden die Preise in absehbarer Zeit wieder steigen. Bei den Erzeugnissen der Holzerei, der Geflügel- und der Gartenwirt- schaft lägen aber die Ursachen der niedrigen Preise in der un- befriedigenden, handelspolitischen Situation. Deshalb sei ein starker Schutz der Veredelungswirtschaft erforderlich. Es wäre unerträglich, wenn die Industrie, nur um ihre Exportinteressen zu wahren, z. B. eine Senkung des Buttersolls wünscht.

Schiele prägt zum Schluß den Satz, daß Agrarpolitik Sache der gesamten Nation, des ganzen Volkes sein müsse. Dieser Er- kenntnis können wir zustimmen. Es gibt in Wirklichkeit keinen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Dem Land kann es nur gut gehen, wenn es den Städten gut geht und umgekehrt. Wie sieht aber unter, vom Reichsernährungsminister Schiele geleitete Agrarpolitik in Wirklichkeit aus? Die von Schiele getriebene Agrarpolitik ist nicht Politik für die gesamte Nation. Sie ist auf die Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft abgestellt und da in erster Linie auf die Interessen der Großgrundbesitzer. Schiele macht Agrarpolitik unter Druck politischer Gruppen. In der Schiele'schen Politik wirkt sich das Anmahnen der nationalsozialistischen Bewegung und der rechtsradikalen Einstellung in den landwirtschaftlichen Organi- sationen unheimlich aus. Zum Schaden des kleinen Landwirts.

Es kommt es, daß der Reichsernährungsminister alles mit Sollen machen will. Jetzt ist er bei der Veredelungswirtschaft

angefangt. Schiele ist der Auffassung, daß wir in Deutschland 3 1/2 Millionen Arbeitslose haben, weil der Binnenmarkt ver- sagt, d. h. weil die Landwirtschaft nicht kaufen kann, weil sie nicht genügende Preise für ihre Produkte bekommt.

Die von Schiele gemachten Angaben wollen wir nicht weiter analysieren. Es kommt auch wohl darauf an, ob die Vorschläge Schieles, durch höhere Zölle die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Aussicht auf Erfolg haben. Gut, der Reichs- ernährungsminister erhöht z. B. den Zoll für Eier. Das ist, wie sich auf anderen Gebieten gezeigt hat, kein unbedingt wirksames Mittel, die deutschen Preise zu steigern. Aber selbst, wenn man die deutschen Preise durch Zölle steigert, heißt das noch immer nicht, daß der Landwirt seine Produkte verkaufen kann. Je höher die Preise liegen, desto weniger Möglichkeit ist vorhanden, daß die Arbeiter in den Städten Butter, Eier und Gartenprodukte kaufen und verbrauchen können.

Mit den Zöllen allein ist es also nicht getan. Ausschlag- gebend ist die Absatzmöglichkeit. Zölle allein sind ein Messer ohne Klinge, ein Gewehr, mit dem man nicht schießen kann. Die Lage der Landwirtschaft kann unmöglich durch Preissteigerung gebessert werden, die man mit Hilfe von Zollerhöhungen und Produktionsbeschränkungen erzwingt. Der Hebel muß vielmehr bei der Kaufkraft der Verbraucher, also in erster Linie bei der induzierten Arbeiter angelegt werden. Verdient der Arbeiter gut, dann kann er dem Bauer auch gute Preise zahlen. Verdient der Arbeiter schlecht, dann kann er dem Bauer nichts abkaufen.

Eine Besserung auf den Arbeitsmärkten und eine Erhöhung der Kaufkraft bei den Industriearbeitern wird aber nur dann eintreten, wenn man keine engstirnige Außenpolitik treibt und die Außenhandelsbeziehungen pflegt und fördert. Die Agrar- politik, die kurzfristig nur Erhöhung der Preise anstrebt und darüber die Kaufkraft der Verbraucher vergißt, ist schlechte Agrarpolitik.

# Die Reichsbahn muß auf ihre Reserven zurückgreifen

Die Reichsbahngesellschaft muß, um Einnahmen und Aus- gaben für das Jahr 1931 in Ordnung bringen und die Dividende für ihre Vorgangskassen in Höhe von 75,7 Millionen Mark zahlen zu können, sehr stark in ihren Reserven greifen. Vorweg wird ein Betriebsüberschuß von 226,2 Millionen Mark nachgewiesen gegenüber 400 Millionen im Jahre 1930. Unter Berücksichtigung der Reparationszahlungen ist jedoch eine Mehrausgabe von 408 Millionen Mark entstanden. Dazu kommen weitere Ausgaben für den Dienst der Schuldverschreibungen und Anleihen mit 16,50 Millionen Mark und die Rückstellungen für Abschreibungen auf das Betriebsvermögen am Anlagestand mit 17 Millionen Mark. Der Gesamtüberschuß wird erzielt, indem der gefährlichen Ausgleichs- rücklage ein Betrag von 442 Millionen Mark entnommen wird. Die 70prozentige Vorgangskasse wird in Höhe von 75,7 Milli- onen Mark aus der Dividendenrücklage gedeckt. Die Ausgleichs- rücklage geht damit von 450 Millionen Mark auf 8 Millionen Mark und die Dividendenrücklage von 78 Millionen Mark auf 2,7 Millionen Mark zurück.

Die Einnahmen werden mit 3349 Millionen Mark aus- gemessen. Das sind 721 Millionen Mark — 16 Prozent weniger als im Jahre 1930 und 1506 Millionen Mark — 28 Prozent weniger als im Jahre 1929. Der Ausgleich konnte nur auf der Ausgabe- und Einnahme- seite gesichert werden. Hier sind über 488 Milli- onen Mark eingespart worden. Während also die Ein- nahmen gegenüber dem Jahre 1930 um 16 Prozent gesunken sind, sanken die Ausgaben nur um 11 Prozent vermindert werden. Verglichen mit den Einnahmen in Höhe von 3349 Millionen Mark Ausgaben in Höhe von 3023 Millionen Mark gegenüber.

In Geschäftsbericht heißt verfaßt die Reichsbahngesellschaft auf die bekannte Methode, aber den hohen Personalstand zu fragen. Man kommt in der Reichsbahngesellschaft häufig zu dem Ergebnis, die ganze finanzielle Mühe auf Personalausgaben zurückzuführen. Trotzdem gerade das verflochtene Geschäftsjahr beweist, daß die Reichsbahngesellschaft eben unter dem elemen-

taren Unglück einer Krise leidet, bringt man es fertig, Drohungen wie folgende zu fabrizieren: „Nunmehr haben sich die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft derart entwickelt, daß sich ein Bestehen in Anspruch nimmt, „Entlassungen größeren Umfangs“ vor- nehmen zu haben — „nicht länger verantwortbar läßt“. Derartige Auslassungen finden wir in dieser schweren Zeit bei einem öffentlichen Unternehmen arg deplaziert. Auch weiß man, daß die Reichsbahnen bei anderer Gelegenheit nicht so mit dem Wagnis rechnen, wie in Fällen, wo es sich um Entlassungen von Arbeitern und Beamten handelt. Die Gewerkschaften haben durch ein neues Abkommen der Eisenbahn bewiesen, daß sich Ent- lassungen in dieser schweren Zeit wirklich vermeiden lassen. Die Reichsbahngesellschaft scheint aber davon nicht besonders erbau- tu sein. Allerdings sind auch Entlassungen bequemer.

Für das neue Geschäftsjahr 1932 wird gefordert, daß die Einnahmen in der Zeit von Januar bis April einen Abfall von 26,3 Prozent gegenüber dem Jahre 1931 gebracht haben. Die finanzielle Entlastung der Reichsbahn hängt natürlich stark mit ihrer Verschuldung zusammen. Der gesamte Schuldenstand wird für den 31. Dezember 1931 mit 2,014 Milliarden Mark an- gegeben, darunter befinden sich 1,211 Milliarden Mark sogenannte politische Lasten. Daß die Reichsbahn natürlich gerade diese politischen Lasten unter Druck der Krise nicht weiter tragen kann, versteht sich wohl von selbst.

Singewiesen wird auch im Geschäftsbericht auf die Auto- konkurrenz. Bei der jetzigen Regelung meint z. B. die Konkurrenz verlangt zu haben. Die Reichsbahngesellschaft ist der Auffassung, daß die vor einiger Zeit eingesetzten Preisen- ermäßigungen für Rohgüter nicht durchgehrahen werden können, wenn gegenüber der Konkurrenz durch das Auto, das der Reichsbahn die hochwertigen Güter entzieht, keine Regelung erfolgt.